

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Monatsspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
in der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringeröhn monatlich 80 Pf.
für das Postbezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und
Ostpreußen 21.5.— Ersteheum tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur morgens von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6geplante Seite mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 108.

Dresden, Freitag den 13. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Der Reichstag.

Zeit der Besiegung und Verfahrenheit. — Vom Bülow zum Spahn-Heydebrand-Bloc. — Vom Scheinparlamentarismus zum wirklichen Parlamentarismus. — Niederschlagung der Reaktion.

In Ergänzung und Fortführung unserer Ausführungen in die letzte Reichstagsession veröffentlichen wir die folgenden Darlegungen aus der Feder des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. A. Südekum:

Ein zwar nicht sehr langer, aber ungewöhnlich arbeitsreicher Sitzungabschnitt des Reichstags ist mit der Vertagung der Verhandlungen bis zum 8. November dieses Jahres zu beenden. Die Arbeiten an der "Finanzreform" vom 1909 hatten Freunde und Gegner der Regierung ganz erordentlich angespannt, so daß schon im vorigen Herbst Absicht laut wurde, die folgende Session möglichst kurz zu halten, um endlich einmal wieder den zahlreichen Abgeordneten, die in einem bürgerlichen Berufe stehen, ausgiebige Gelegenheit zur Ordnung ihrer privaten Verhältnisse zu geben.

Dagegen ist nun gewiß nichts zu sagen, denn die Mitglieder aller Parteien haben gleichmäßig ein Interesse daran, den Parlamentsverhandlungen nicht völlig abzordnen zu lassen. Nur eine Minderheit von ihnen erfreut sich entweder günstiger Vermögensumstände, daß sie ohne Rücksicht auf diese das ganze Jahr fern vom Wohnort weilen können oder besser als Beamte des Staates und der Gemeinde das auch während der Dauer der Parlamentsverhandlungen unentzweit weiter. Bedenklich ist bei der Sache, daß infolge der wendigen frühen Vertagung eine sehr erhebliche Menge dem Reichstag vorgelegten Gesetzesvorlagen nicht erfüllt werden konnte, vielmehr in der nächsten Session von neuem auf der Tagesordnung erscheinen wird. Eine Reihe Arbeiterschulgelehrer, wie die Nobelle zur Gewerbeordnung, Gesetz über die Heimarbeit, der Entwurf über die Arbeiterschulden und andere mehr, ist nun schon allzuoft und allzuviel zurückgestellt worden, von der Versicherung der Witwen und Bafisen der Arbeitnehmer gar nicht zu reden.

Indessen ist nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, der fröhliche Sessionschluss schuld daran, daß diese und viele Gegenstände in der parlamentarischen Maschinerie verdeckt geblieben sind. Die Hauptursache des Verlustes müssen wir an anderer Stelle suchen. Erst vor wenigen Monaten hat der sogenannte Reichskanzler bei Antritt der preußischen Wahlrechtsfach im preußischen Reichstag das große Wort gelassen ausgesprochen, in Deutschland hätte es kein parlamentarisches Regime; die Regierung trachte sich nicht als Beauftragte einer Mehrheit von Bürgern, sondern suche sich gemäß der Verfassung und der Verpflichtung ihrer Stellung über den Parteien, verantwortlich allein dem Könige, der sie zum Amt berufen und allein die Macht habe, sie ihrer Würde wieder zu entziehen. So der Reichskanzler da sprach, ist im allgemeinen richtig, ob wir könnten es als Zustandsbeschreibung unterscheiden, um es einziges kleinen Wörterchen hinzugefügt hätte: nämlich das Wörterchen "noch". Deutschland besitzt das parlamentarische Regime noch nicht. Noch haben wir nicht die im nationalparlament vereinigte Selbstverwaltung und Selbstregierung des Volkes, noch nicht die Ministerverantwortlichkeit und Ausdruck für die Verantwortlichkeit der Parlamentsmehrheit. Wer aber Augen hat zu sehen, der erkennt in den Konservativen, die sich neuerdings in immer gehäufterem Anzahl des Übergangs zu einem neuen Regierungssystem.

Der Bülow'sche Bloc der Rechten und der bürgerlichen Linken, reaktionsär in seinem Ursprung und in seinen Zielen, wie er war, ist grundsätzlich als die erste Durchsetzung des rein bürokratischen Regierungssystems zu bezeichnen. War auch der Rücktritt Bülow nach dem Scheitern seines Finanzplans von seinem Amt mehr eine Folge der Konservativen, so wurde er doch öffentlich begründet mit dem persönlichen Regierungssystem, die sich der Kanzler für seine Regierungsfähigkeit zusammenstellte hatte. Den Platz des untermalten Blobs nahm darauf die schwarzblaue Konservativen ein, eine von Peter Spahn und Ernst Haeckel geführte Schar, die mit ihren Anhängern die Mehrheit im Reichstag verfügt. Aber Bülow's Nachfolger wollte unter allen Umständen vermeiden, diese Mehrheit keine Zustimmung er scheinen zu lassen. Er hatte als Bülow's erster Gehilfe die Aufführung des Reichstages zu warten, die im Jahre 1907 das Zentrum aus der beherrschenden Stellung vertreten sollte, er hatte die einzige Arbeit Bülow's Blobs, das neue Vereinsgesetz, mit seinem Namen zu schaffen, er hielt Tendenz als wichtigen Mitarbeiter in seinem Ministerium — da wäre ein plötzliches Abschwanken der Richtlinie der Bülow'schen Politik als gut zu demütigende Handlung erschienen. Überdies hat der

schwarzblaue Block durch die schändliche Auspowern der Volksmassen mit dem Raubzug der sogenannten Steuerreform so unendlich viel Hass und Erbitterung im Lande herverufen, daß es Behmann im Interesse der Regierung geboten erschien, sich nicht als sein Vertreter öffentlich bezeichnen zu lassen. Und endlich liegt auf der Hand, daß eine aus Schwarzen und Blauen zusammengesetzte Mehrheit im Parlament niemals das Abbild der Mehrheitsverhältnisse im deutschen Volke sein kann: nur auf Grund einer unsummen Wahlkreiseinteilung und mittels eines schamlosen Wahlterrorismus konnte diese Mehrheit entstehen, nur durch die offene Vergewaltigung von Recht und Gerechtigkeit in Sachen der Wahlurkünften konnte sie sich aufrecht erhalten. Alles Gründe für Behmann holtweg, den Versuch zu machen, sich für seine verschleierten Gesetzesvorlagen je nach Bedarf und Möglichkeit verschiedene Mehrheiten im Reichstage zusammenzufügen.

Diese Versuche sind mißlungen. Bei jeder Vorlage, die der Beratung unterzogen wurde, trat von neuem zutage, daß ein stoffes und schweres Arbeiten im Parlament unmöglich ist, wenn ihm die verantwortliche Mehrheit fehlt. Niemand kann zweien Herren dienen. Dieses alten Spruches Wahrheit offenbart sich wieder einmal. Mit Aufstand von viel Kunst und Sorgfalt hat die Regierung ihre Entwürfe gewissermaßen neutral gestaltet; sie waren nicht warm und nicht kalt, nicht vollständig und in jedem Punkte reaktionär, aber auf der anderen Seite für fortgeschrittenen Kreise doch wieder viel zu reaktionär, als daß sie hätten zustimmen oder sich auch nur passiv verhalten können. Die Folge davon war, daß sich das Plenum und die Kommissionen des Reichstages in schier endlosen Sitzungen und unter Aufheben einer geradezu aufschließenden Müh daran machten, die Entwürfe so umzustalten, daß sie für irgendeine Mehrheit annehmbar würden. Als ein Ergebnis solcher Bemühungen haben wir die höchst merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß z. B. beim Kali-Gesetz schließlich die Konservativen im Bunde mit den Sozialdemokraten den Hauptbestandteil einer Mehrheit bildeten — einen "blauroten Block", wie man im Parlament scherhaft sagte.

Ehe ein solches Ergebnis zustande gebracht werden konnte, bedurfte es allerdings, wie gesagt, wochenlanger Arbeit in den Kommissionen, in den einzelnen Fraktionen und bei Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen. Was eigentlich die Geheimräte der Regierung, die mit dem ganzen Mittelpunkt ihres Herrschaftswunsches ausgerüstet sind, und sich der Mithilfe einer jederzeit beliebig vermehrten Anzahl von Bevölkerung erfreuen, hätten leisten sollen, nämlich die Detailarbeit an den Gesetzesvorlagen, fiel nun auf die Schultern der Abgeordneten. Sie mußten sich in den schwierigen Stoff, den es zu bearbeiten galt, geradezu hineinwühlen. Um etwas zu leisten, was seiner ganzen Natur nach eigentlich nicht im Parlament geleistet werden kann. Es ist etwas ganz anderes, auf einem Gesetzentwurf eine sachdienliche Kritik zu üben oder ihn selbst auszuarbeiten. Bebel hat einmal bei einer gelegentlichen Erörterung der Frage, was wir Sozialdemokraten wohl tun würden, wenn wir plötzlich die Macht in unseren Händen sähen, geantwortet: "Dann würden wir die Geheimräte beauftragen, uns die und die Gesetze entsprechend unseren Grundsätzen auszuarbeiten." Das ist ein durchaus richtiger, ja man muß sagen, der einzige richtige Standpunkt. Zur Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen zu der organischen Anpassung neuer Vorschriften an bestehende auf irgendeinem Gebiete ist die Bureaucratie vorhanden, die bei weit geübter Spezialisierung allein imstande sein wird, die komplizierten Verhältnisse der modernen Wirtschaft und Politik bis in alle Einzelheiten zu überschauen. In wirklich parlamentarisch regierten Ländern, wie z. B. in Frankreich, in Italien, fällt es dem Parlamente auch gar nicht ein, sich Laten aufzuführen, wie sie der deutsche Reichstag in der letzten Zeit auf sich genommen hat. Dort beauftragt die verantwortliche Mehrheit der Volksvertretung die Regierung mit der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen, deren Grundzüge sie bestimmt, aber auch mit deren Grundzüge. Entsprechen die Entwürfe nicht den Erwartungen, dann werden sie kurzer Hand abgelehnt und zurückgegeben; ändert sich die Mehrheit, dann verschwinden die Entwürfe im Papierkorb und andere, die auf anderer Grundlage aufgebaut sind, treten entsprechend der geänderten Mehrheit an ihre Stelle. Dieses System ermöglicht ganz allein das Funktionieren der parlamentarischen Maschine. Entweder Absolutismus, das heißt Schaffung der Gesetze durch eine unverantwortliche und an das Volumen einer Volksvertretung nicht gebundene Regierung, oder parlamentarisches System, das heißt tatsächliche und verantwortliche Regierung der Mehrheit der Volksvertretung — ein drittes gibt es nicht.

Man muß sich immer darüber im klaren sein, daß heute die Ausgaben des deutschen Reichstages ganz anders sind als noch vor etwa 20 Jahren. In den Anfängen des deutschen Reichstags war die der Volksvertretung zugemutete Arbeit nicht erheblich groß. Wir hatten damals noch keine Arbeit Bülow's Blobs, das neue Vereinsgesetz, mit seinem Namen zu schaffen, er hielt Tendenz als wichtigen Mitarbeiter in seinem Ministerium — da wäre ein plötzliches Abschwanken der Richtlinie der Bülow'schen Politik als gut zu demütigende Handlung erschienen. Überdies hat der

lonien, keine Flotte, keinen oder einen sehr geringen Arbeiterschutz, keinen weitausgreifenden Komplex von sozialen Sicherungsgesetzen, die Beziehungen der auswärtigen Politiken leicht übersehbar, die Handelspolitik fast bedeutungslos, mit Steuervorlagen wurde die Volksvertretung selten belastigt, und wenn es einmal geschah, dann hielten sich die Anforderungen in einem Rahmen, der inzwischen längst gesprengt worden ist. Das alles ließ sich mit einer Art von Scheinparlamentarismus wohl bewältigen. Während der dreijährigen Legislaturperiode trat das Parlament nur wenige Monate zusammen und hielt während dieser kurzen Zeit kurze Sitzungen; nur wenige Gesetzesentwürfe wurden Kommissionen überwiesen, nur selten nahmen die Kommissionen grundsätzliche Änderungen an ihnen vor. Das ist alles ganz anders geworden. Und gerade weil es anders geworden ist, hat es den Reichstag in eine Sackgasse hineingeführt. Nur einen Ausweg gibt es daraus: Übergang vom System des Scheinparlamentarismus zum wirklichen Parlamentarismus.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Stille aber tief eingreifende Umgestaltung unseres Verfassungsverhältnisses auch den einzelnen Parteien große Probleme zu lösen aufgibt. Und vor allen Dingen darf man eines nicht verkennen, daß nämlich ein parlamentarisches System bei uns in Deutschland solange unmöglich ist, wie die realpolitisch geradezu unmögliche Zentrumspartei in der heutigen Form weiterbesteht. Der Sturz der Zentrumsmaut ist die Voraussetzung der Weiterbildung unserer Verfassungsverhältnisse. Ob es bei den nächsten Wahlen möglich sein wird, dem Zentrum erheblichen Schaden zuzufügen, muß dahingestellt bleiben. Aus seiner übertragenden Stellung kann es aber schon durch eine Zusammenfügung der konservativen Parteien herausgebracht werden. Denn nur durch die Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Parteigruppen vermag das Zentrum eine reaktionäre Mehrheit zu bilden. Werden die Konservativen unter dem Eindruck der Steuerreform und ihres brutalen Verhaltens in Preußen in die Pianne gehauen, dann ist es auch mit der bisherigen Herrschaft des Zentrums vorbei. Freilich wäre es in soviel theoretisch in der Lage, mit den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Linken eine andere Mehrheit zu bilden, wie es ja auch schon in Einzelfragen häufig der Fall gewesen ist; aber ein dauerndes Zusammensein mit der Sozialdemokratie und des Liberalismus mit dem Zentrum ist ganz ausgeschlossen; selbst wenn das liberale anpassungsfähige Zentrum, daß sich oft in tatsächlichen Überraschungen gefällt, entschlossen wäre, diesen Weg zu betreten, so würde es bei dem Versuch sehr bald in die größten inneren Schwierigkeiten geraten. Der Zentrumssturm sieht nur sicher, so lange er auf reaktionärem Fundamente ruhen kann; einmal von diesem Plateau abgerückt, muß er ins Wasser kommen, vielleicht sogar zerfallen.

Natürlich darf bei allem nicht übersehen werden, daß an den ebenso verfahrenen wie reaktionären Verhältnissen der gegenwärtigen Reichspolitik ein Hauptanteil der Schuld den Liberalismus trifft. Insbesondere die Nationalliberalen haben durch ihr Bündnis mit den Konservativen bei der Wahl von 1907 und in der Folgezeit durch ihre Bereitswilligkeit bei der Finanzreform, durch ihre volksfeindliche Haltung in der Sozialpolitik und durch ihre auf das Reich zurückwirkende jämmerliche Politik in der preußischen Wahlrechtsfrage den Triumph der Konservativen erst ermöglicht und herbeigeführt. Abgesehen selbst von der Sozialdemokratie — auch die wirklich liberalen bürgerlichen Schichten werden, wenn sie das konservative Hoch befürchtet sehen wollen, sich gleichfalls von allen den streikenden Politikern befreien müssen, die sie den Anschluß nach rechts verhindert und gefucht haben.

Überzeugen wir von diesem Standpunkt aus das Werk der letzten Reichstagsession noch einmal, so erkennen wir, daß es unbedeutend in allen Einzelheiten, doch höchst wichtig und bemerkenswert als ein Zeichen von Verzerrungen und Umwandlungen war, die der Vorstoß tief greifender Umgestaltungen unserer politischen und sozialen Zustände sind.

Roosevelt in Berlin.

So wenig die Rede, die Roosevelt in der Berliner Universität in Anwesenheit des Kaisers, der kaiserlichen Familie, des Reichskanzlers, vieler "Würdenträger" und nebenbei auch der Professoren und Studenten vortrug, als eine geistige Leistung eingeschätzt werden kann, so entbehrt sie doch gerade angelebt der Zuhörerschaft, die sie hatte, nicht eines gewissen pilzartigen Interesses. Zum Beispiel, wenn Roosevelt die zunehmende Internationalisierung der Kultur so kennzeichnete:

China eignet sich westliche Methoden an, die Briten und Amerikaner geben sich eine europäische Staatsverfassung. Indien beginnt und die Philippinen rufen ungeduldig nach einer Regierungssform nach englischem oder amerikanischem Typ.

Hier war es offenbar nur des Redners Höflichkeit, die ihn vergessen ließ, zwischen Ägypten und den Philippinen

nicht zu unterscheiden; und er verlor dabei die Gelegenheit, die eigentlichen Unterschiede zwischen den beiden Staaten zu betonen.

Surteil ist der 1. Im wiederholten erneut erneut. Mann ebnete. diente wahllos auch in wegen ist und ist. Das mellen Bezeugt in die ch mit minnen ist ein id des Bunsch 1. nach ar der es von r. Ver. o. eine ten, ist s. das

es hat ll. von n und ich Be pflicht*

es kommt er be stimmt ist unter gegen Sollten klagen en die stimmt. Der agde, wählte in Re-

1. Wert en vor sich die Haupt-ten der Könige ist auch Dresden parla- ist den bereit, erneut Sitzung in, daß ten ist. er ist Aford- en ist der on- ontrum ertrag- erlegt, breiter, schweis- er vor- ie Ver- großen Punkte, die die Zwingen diesem stehen- sungen en; bislang ludgang der Be- städten. t alle das, das der. Müller haben, ier der-

zum

Verteidiger: Die Fragestellung wird abgelehnt.
Anwalt Rosenthal: Aber ich bitte, mir doch das Wort zur Begründung meines Antrages zu lassen, denn sonst kann doch nicht, ohne die Begründung, ohne mit den anderen Richtern beraten zu haben, der Verteidigung ablehnen.

Richter: Ja, sprechen Sie.

Verteidiger begründete nun den Antrag, dann er-

Vorsteher: Der Antrag wird abgelehnt.

Verteidiger: Aber es muss doch eine Begründung des

über den Antrag stattfinden, ehe er abgelehnt wird.

Richter: Darüber haben Sie als Verteidiger nicht

den. Unser Verfahren gründet sich auf Jahrelangen

und Tiere.

Verteidiger: Dann beantrage ich den Vorgang zu prototypisch und sofort zur Verleistung zu bringen.

Richter: Der Antrag wird abgelehnt.

Die Zeugen befinden sich auch der junge Bursche,

Wahlrechtsabend der Arm gebrochen worden ist. Er

dass er von einem Schuhmann niedergeworfen wurde,

den Arm gebrochen habe. Andere Zeugen befunden,

Polizei völlig unbeteiligte Personen

handelt hat. Die Polizeibeamten wußten sich auch

wieder an nichts zu erinnern. Eine Zeugin bestätigte

aus einem Hause eine Flasche auf die Demon-

herabgeworfen worden sei.

einen unsauberen Bericht über die Verhandlung am

Arbeitsmarkt zu verhindern:

Zeuge: Am 6. März unter-

richt mit einem Schuhmann über die Demonstration vom

1. Mai. Der Schuhmann sagte wohl drei bis viermal:

"Das nächste Mal geht es über Leichen!"

Verteidiger: Das nächste Mal geht es über Leichen, darauf

sie sich verlassen. Wir Polizeibeamten handeln

in unserer Institution, erwiderte der Beamte. Ihre An-

Klasse aber doch unmöglich lautete: Die Leute, die auf dem

Demonstration das freie Wahlrecht verlangen müssen kön-

nnten, werden verzeigt ist. Ich wiederhole Ihnen, sagte der

Zeuge: Solange wir in Deutschland eine schwangere

Zeit haben, sind wir die Herren und nicht die Arbeiter. Das er-

ste: Die Armee besteht doch aber aus unseren Söhnen und

Soldaten schicken, sobald sie kommandiert

Verteidiger rückte an den Zeugen Polizeisergeant

Zeuge: Haben Sie gelehrt, dass in der Wendenstraße 38

ein Mann ohne jede Veranlassung zweimal mit

zwei über den Arm geschlagen wurde? — Zeuge:

Ich gebe es wieder. — Verteidiger: Wer hat den alten Mann ge-

Zeuge: Ich weiß nicht, ob ich hierauf ant-

teile? — Verteidiger: Sie dürfen die Antwort nur ver-

wenn Sie befürchten, sich selbst zu belästigen. — Zeuge: Herr

der, muss ich hierauf antworten? — Vorsteher: Ich kann

leider nicht helfen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen

die Sie fragen beantworten. — Zeuge (zurück): Es war

Wachtmeister Erdmann. (Große Bewegung im Zuhörer-

raum.) — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jasper: Warde der

von hinten oder von vorne geschlagen? — Zeuge:

Oben von hinten. — Verteidiger: Hat der Mann eine

Zeitung erklungen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Verteidiger:

Es noch andere derartige Vorwürfe bestanden? — Nein. — Verteidiger: Aber die Möglichkeit, dass derartig

noch mehr ereignet haben, geben Sie zu? — Zeuge:

Gleichzeitig muss ich zugeben, ich habe aber nichts weiter ges-

Zeuge: Polizeisergeant Springermann schlägt sich vollständig

an den Vorzeugen an. Auch dieser Zeuge befand, dass

Wachtmeister Erdmann den alten Mann in der Wendenstraße

in habe.

Volkswirtschaft.

Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften.

Wenn auch die allgemeine Entwicklung dahin geht,

die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte im Verhältnis zur

männlichen Arbeitskräfte immer stärker wächst, so

ist das Tempo der Zunahme keineswegs gleich-

sondern erheblichen Schwankungen ausgeprägt. Sobald

wirtschaftliche Krise eintritt, sehen wir also bald eine starke

Zeitung nach billigen Arbeitskräften eintreten, was die Ver-

teilung von Frauenarbeit begünstigt. Bei einer Zunahme

der Nachfrage werden die Arbeiter viel intensiver getroffen

Arbeiterinnen, und auch noch in den ersten Städten des

Wirtschaftsprozesses herrscht eine große Vorliebe für die Ein-

zelwirtschaftliche Arbeitskräfte. Sobald aber die wirtschafts-

konjunkturkurve sich zu einem neuen Aufstieg ge-

setzen wie eine starke Beschleunigung in der Zunahme

männlichen Arbeitskräfte, und das Anwachsen der weib-

lischen Kräfte nimmt sogar vorübergehend aufzuhören ab.

Im letzten Stadium bewegen wir uns gegenwärtig

am Ende Dezember auf Anfang Januar erfuhr die Zahl

männlichen Beschäftigten einen Rückgang um

der weiblichen aber nur einen solchen von 1.6 Proz.

Januar nahm die Zahl der Beschäftigten bei den männ-

lichen um 0.04 Proz. ab, während bei den weiblichen eine

Zeitung von 0.67 Proz. eintrat. Im Februar aber erfuhr

die Zahl der männlichen Beschäftigten eine Steigerung

von 0.9 Proz., während die Zahl der weiblichen Beschäftigten

um 0.86 Proz. in die Höhe ging. Im März endlich lieg-

en männlichen die Zunahme auf 2.37 Proz., während

der weiblichen auf 0.81 Proz. zurückging.

Die Entwicklung der Beschäftigtenziffer entspricht auch

der Zunahme am Arbeitsmarkt.

Indien männlicher Arbeitsuchender auf je 100 offene

Arbeitsplätze im März um 56 niedriger als im Vorjahr, am

Markt für weibliche aber ging er noch etwas über den

Zahlen hinaus. Gerade in den von den Frauen stark be-

tretenen Berufen ist eine Zunahme des Antrages zu be-

achten, so in der Tabakindustrie, bei Wäscherinnen usw.

Der einzige Zeitraum, in dem die Zahl der weiblichen

Arbeitsuchender zurückging, war im Februar.

Die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden gegen 140,21 im März v. J.

Steigerung beträgt also 507,29. Bei Bürgertinnen

bestimmt helle sich der Antrag auf 95,63 gegen

90,53 im Vorjahr, bei Dienstboten und Zimmermädchen

gegen 109,86, bei Dienstboten und sonstigem Hand-

werk auf 60,82 gegen 56,64, bei Tagelöhnerinnen auf

gegen 97,65. Auch das Angebot weiblicher Lehrlinge

war stärker als im Vorjahr. In der Landwirt-

schafft stellte sich der Andrang dieses Jahr auf 35,95 gegen 25,44 im März 1908. Nun weisen aber auch einige von den stark mit Arbeitern durchsetzten Berufen eine Abnahme des Andrangs gegenüber dem Vorjahr auf. Dabei ist nicht zu übersehen, dass bei einigen dieser Berufe, wie z. B. bei Schneiderinnen, Buchhalterinnen usw. die Erleichterung mindestens so sehr durch die geringe Zunahme der Arbeitsgelegenheit verursacht ist. Im Textilgewerbe belief sich der Andrang dieses Jahr auf 92,53 gegen 115,56 im vorjährigen Jahre, bei Schneiderinnen und Näherinnen betrug er 82,29 gegen 106,75, bei Buchhalterinnen und Kontoristinnen 179,14 gegen 241,79, bei Kochpersonal 64,01 gegen 66,99 und endlich bei Wach- und Kleinmachtfrauen auf 102,50 gegen 108,94.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 13. Mai, vormittags 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht Kapitel 110 des ordentlichen Gesetzes, Reservestands, sowie der Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1910 und 1911. Die Finanzdeputation A beantragt, bei Kap. 110 die Einführung anstatt mit 202 025 R. mit 203 005 R. zu genehmigen, ferner § 1 des Finanzgesetzes in folgender Fassung anzunehmen: Auf Grund des verabschiedeten Staatshaushalt-Gesetzes werden die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben des ordentlichen Staates für jedes der Jahre 1910 und 1911 mit die Summe von 269 079 363 R. festgestellt und wird zu außerordentlichen Staatsausgaben für dieses

Jahr überdies noch ein Betrag von 44 207 400 R.

hiermit ausgesetzt. Ferner beantragt die Deputation, den ganzen

Haushaltswert mit den beobachteten Abänderungen anzunehmen.

Damit hat sich das Gesetz über die vorläufige Erhebung der Steuern

und Abgaben im Jahre 1910 erledigt.

Abg. Freihof (Ztg.):

Namens der sozialdemokratischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die sozialdemokratische Fraktion hat bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Gesetzes ihren Willen zum Ausdruck gebracht. Sie hat allen Ausgaben für Kulturgüter zugestimmt. Die Zustimmung zum Finanzgesetz aber bedeutet nicht nur eine formelle, sondern auch eine prinzipielle Anerkennung der Politik des bürgerlichen Klassenausgleichs. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt aus diesem und folgend auf dem Programm und den Weisungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen das vorliegende Finanzgesetz.

Abg. Günther (Gothic. Volkszg.): Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion kann keinen Zweifel darüber lassen, dass damit auch die sozialdemokratische Fraktion, soweit sie den einzelnen Staatskapiteln zugestimmt hat, ihre Zustimmung wieder aufgehoben hat.

Die Anträge der Deputation werden darauf gesehen, die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf wird die Sächsische Christliche Union über den Staatshaushaltstat und das Finanzgesetz auf die Jahre 1910 und 1911 debattiert.

Es kommt nunmehr das Abstimmungsvotum zum Vorstand und

darauf der Bericht über die Tätigkeit des Landtags.

Präsident Dr. Vogel:

Die erste Tagung der nach dem neuen Wahlgesetz zusammengelegten Zweiten Kammer geht heute zu Ende. Ich meine, sie hat geleistet, was ein gerechter Beurteiler billigerweise von ihr erwartet und verlangen konnte. Ich wenig mehr als sechs Monaten hat der Landtag alle ihm zugegangenen Regierungsvorlagen ordnungsmäßig verabschiedet. Der Entwurf, wie er ließ, wie er sich aus dem Ergebnis der Regierungsvorlagen ordnungsmäßig bestimmt hat, ihre Zustimmung wieder aufgehoben hat.

Die Anträge der Deputation werden darauf gesehen, die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf wird die Sächsische Christliche Union über den Staatshaushaltstat und das Finanzgesetz auf die Jahre 1910 und 1911 debattiert.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Der Vorstand legt eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimmung

der Abgeordnetenkammer angenommen.

Am Dienstag wird eine größere Anzahl von Petitionen und

Anliegen gegen die Regierung vorgelegt, und die Abstimm

Steinarbeiter!

Am 15. Mai laufen die Tarifverträge für Dresden und Pirna ab. Die Verhandlungen mit den Unternehmern haben bis jetzt noch zu keinem neuen Vertragsschluss geführt. Um nun die Verhandlungen nicht zu stören, empfiehlt die Verbandsleitung der Kollegenschaft, unter dem alten Vertragsschluss (bis zur eventuellen Annahme oder Ablehnung des neuen Vertragsentwurfes) weiterzuarbeiten.

Donnerstag den 19. Mai, abends Punkt 6^{1/2} Uhr, im Volkshaus

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den gestellten Anträgen zum Verbandstag. — 2. Bericht über die in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen. — 3. Gewerkschaftliches.
- Zahlreiche Ereignisse erwähnt

Der Einberufer.

Ottendorf-Okrilla u. U.

Sonnabend den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof zum schwarzen Ross, Ottendorf

Gr. öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Mitteilung: Sächsischer Gewerbe Friedhof, Dresden.

Freie Ausprache.

Massenhaften Besuch erwartet Das Gewerkschaftskartell, Ernst Hilbach, Vor.

Allgem. Ortskrankenkasse für Blasewitz u. Umg.

Montag den 23. Mai 1910, abends 8 Uhr

Ordentliche General-Versammlung

in Donaths Neuer Welt in Tolkewitz,
an welcher die in den Wahlversammlungen vom 2. bis 10. Dezember 1907 gewählten Vertreter hiermit eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Rassenverhältnisse. — 2. Geschäftsbereich auf das Jahr 1909. — 3. Bericht des Rechnungsprüfers hierzu und Beschlussfassung über Rücksichtserklärung und Entlastung des Vorstandes und Kassierers. — 4. Allgemeines.

Die Herren Vertreter erhalten noch schriftliche Einladungen und gelten dieselben als Legitimation. Rassenmitglieder erhalten insofern Zutritt, als der Platz reicht. Der Saal wird um 7 Uhr geöffnet und um 8 Uhr geschlossen.

Blasewitz, den 6. Mai 1910.
Der Vorstand. Paul Seppold, Vorsitzender.

Strohhüte, 50 verschied. Fassons



Die allerneuesten Schlager!!

vorrätig in Palmblatt- und Pedalgeflecht, mit neusten Garnituren

Mk. 1.80, 2.80, 3.80, 4.80.

Max Schweriner
Größtes Hut-Spezial-Geschäft
Amalienstraße, Ecke Serrestraße.

Puhlmann's Restaurant

Am See Nr. 54

empfiehlt zu den Feiertagen seine Lokalitäten.
Reichhaltige Mittags- und Abend-Espezialfarte sowie vorzügliche Biere usw.

Reichshallen Baumstr. 18
1 Ma. v. Postpl.
Täglich Große Roboret.
Sonnabend und 1. Feiertag im Großen Saale: „Alortina“. Ensemble u. Gaitspiel des beliebten Humoristen und Musikers Karl Werner. — Um günstigen Aufpreis nimmt Tb. Randolph.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gräßig, Dresden-Reudnitz. — Berantwortlich für den unteren Teil: Robert Neubold, Dresden-Mitter. — Druck von Norden u. Norden.

Albert Saalheim

Nur Löbtau
Größtes Spezial-Geschäft für Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Konkurrenzlos billigste Preise
Anfertigung nach Maass unter vollster Garantie für guten Sitz
Strenge reelle, kulante Bedienung.

Unterhalte keine Filiale in Görlitz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Unser Bureau ist am Sonnabend
14. Mai sowie am 3. Pfingstfeiertag von 11
Uhr an geschlossen.



Die Ortsverwaltung

am Sonnabend

aus unzufriedenheit wandt

die Geltung

meinten, man die C

den Anteil

Aus der

Arbeit

des Arbeit

Redensche

an. Bevor

Anträge

demokra

chten, da

mitte

die Nation

den Er

sie von d

Parteien

In ein

igung

angreic

men zum

Mitglied

die Soz

Differenz

ant hatte

1 bei de

ng der 2

ungewer

erste Ra

hab. Da

mer ab

glockeit,

agen Am

Beim

z das b

ung durch

es wurde

et nicht

nsleide

Verfügu

te das

et, als

en, für

Waffen

höheres

Besuch

in ei

der na

erlet, i

seien sei

Ach

und j

ich

ja d

aktion

national

möglich

und ich g

ste in d

ausgebü

maraten

ertragende

za mit

ich in üb

um j

Dem

ges n

des Aus

in der g

ertritt

zum d

offiziell

er war

er in der

aktion f

ur mid

er wa

er in der

aktion f

er in der

aktion f</

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 108.

Dresden, Freitag den 13. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Am Ende.

Die gefürchte Sitzung der Zweiten Kammer sah als die letzte Schlussitzung betrachtet werden, wenigstens sind die Handlungen zu Ende. Was heute noch folgt, sind die Abstimmungen, zu denen auch das Finanzdepartement gehört, gegen die Sozialdemokraten gemäß den Beschlüssen der Parteitage zu sein werden.

In der Donnerstag-Sitzung standen in erster Linie die Abstimmungen der Beamten und Arbeiter wegen Anderweiterung der Löhne und Gehälter zur Verhandlung. Es war

in letzter Stunde möglich gewesen, darüber einen schriftlichen Drucksbericht zu erstatten. Zum größten Teil licht man Petitionen auf sich berufen, zum Teil wurden sie der Regierung zur Kenntnahme überwiesen. Die Petition der Eisenbahner, die vom Transportarbeiterverband ausging, war unzulässig bezeichnet worden, weil den Arbeitern der Bahn zu dienlichem Verband verboten sei. Gegen diese Auftrag wandte sich entschieden die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch eine Erklärung. Nichts weniger als feindlich war die Haltung des Finanzministers zu den Gehalts-Petitionen, man solle einfach darüber zur Tagesordnung hinweggehen, die Regierung sei besonders bei den Eisenbahnarbeitern an die Grenze des Möglichen gegangen. Nach kurzer Runde war die Menge Petitionen dadurch erledigt, daß den Anträgen der Amondeputation A beschlossen wurde.

Aus den sonstigen Verhandlungen sei noch die Schlussung über die Anträge auf Einführung von Beamtenarbeiterausschüssen in Staatsbetrieben, Sicherung des Koalitionsrechts usw. hervorgehoben. Die Beschlüsse des Koalitionsdepartements blieben auch hier auf halbem Wege. Besonders scharf muß getadelt werden, daß man durch Anträge ausdrücklich billigte, daß den Eisenbahnlern das Rechtsabgesprochen wurde. Ein von freisinnigen und demokratischen Abgeordneten vertretenes Sicherheitsabkommen, das auch den Eisenbahnlern das Koalitionsrecht gewollt, erlangte leider keine Mehrheit. Auch hier zeigten die Nationalliberalen von ihrer arbeiterfeindlichen Seite.

den Erklärungen der Regierungswerte ging hervor, sie von den Arbeiterausschüssen nicht viel halten und man Beamtenausschüssen überhaupt nichts wissen will.

In einer Abendsitzung wurde über die Ergebnisse der Abstimmung berichtet, die kurz zuvor im Interesse der Zweiten Kammer stattgefunden hatten. Daran nahmen zum erstenmal auch Sozialdemokraten teil, und zwar Mitglieder der Petitions- und Gesetzgebungsdeputation. Die Sozialdemokraten waren hier von großer Bedeutung. Differenzen beim Vergesetz, die dadurch entstanden waren, daß die Pairs die auf sozialdemokratische Anregung besetzten Verbesserungsanträge der Zweiten Kammer ablehnen sollten. Diese betrafen die Einführung der Abstimmung bei den Wahlen der Sicherheitsmänner und die Zustimmung der Wiederwahl dieser Arbeiterkontrolleure. Das Vergesetzverfahren führte infolge zu einem Ergebnis, als die Zweite Kammer, soweit die Abstimmung in Betracht kam, gab. Dagegen lehnte sie die Wiederwahl der Sicherheitsmänner ab und gab dadurch den Bergwerksbesitzern die Gelegenheit, die Sicherheitsmänner nach Ablauf ihrer zweijährigen Amtszeit ohne weiteres zu entlassen.

Beim Adelarbeitslehrerinnenzeug und bei dem Gesetz, das höheren Mädchenbildungswesen kam eine Vereinbarung durch gegenseitiges Nachgeben zustande. Beim ersten Gesetz wurde die Übernahme der Pensionslizenzen auf den nicht versiegeln, doch erklärte sich die Regierung bereit, notleidenden Gemeinden 10 000 M. zu den Pensionen Beihilfe zu stellen. Beim höheren Mädchenbildungswesen wurde das Prinzip der allgemeinen Volksschule infolge gegeben, als nur die höheren Mädchenchulen, die seither bestehen, für die Kinder im Alter von 6 bis 9 Jahren Vorstufen einrichten dürfen, während in den übrigen Fällen "höheren Mädchen" für die ersten drei Schuljahre auf Beihilfe der Volksschule angewiesen sein sollen.

Nationalliberale Tiefadens.

In einer Erklärung über die Ursache seines Austritts der nationalliberalen Landtagsfraktion bestreitet der Abgeordnete, daß der Fall Langhammer die Veranlassung dazu sei. Dann heißt es wörtlich weiter:

Ich bin nicht aus persönlichen, sondern lediglich aus sozialistischen Gründen aus der nationalliberalen Fraktion des sächsischen Landtages, keineswegs aber aus der nationalliberalen Partei ausgegetreten. Es war mir nicht möglich, die Tiefadens der Fraktion weiter mitzumachen, und ich glaubte, durch meinen Rücktritt vor dem Landtag einlegen zu müssen gegen die "Dekorationskünste", die in diesem Landtag von der nationalliberalen Fraktion ausgeübt worden sind. Hätte ich aus persönlichen Gründen weiter wollen, so wäre es am Anfang der Session vielleicht gewesen als jetzt. Der Abgeordnete Langhammer ist mir nicht den geringsten Anlaß zum Austritt gegeben, ich überzeugt bin, daß Langhammer selbst Mann genug ist, um seine Sache durchzuführen.

Dem Vertreter eines Leipziger Blattes hat Merckelers mit dementsprechender Offenheit über die Ursachen des Austritts mitgeteilt. Danach habe man bereits zu Beginn der gegenwärtigen Landtagssitzung gegen ihn intrigiert durch Schiebervereine seine Wahl zum Vorsitzenden der Finanzkommission unmöglich gemacht. Sechs Organisations-Anträge, die er kurz nach dem Zusammentreffen des Landtages der Abstimmung vorlegte, darunter auch ein solcher auf Ernennung eines sächsischen Verkehrsministeriums, seien ihm in den letzten Tagen wieder zurückgegeben worden, nachdem die Abstimmung sich mit deren Tendenz nicht einverstanden erklärt habe und sie darum verdeckt. Ferner stellte Merckeler fest, er mächtet der ganzen Lagung nicht ein einziges Mal der Fraktion den Auftrag erhielt, in deren Namen zu votieren. Seine Ausführungen waren daher immer rein formelle Anfragen, bei deren Darlegung die Fraktionen-

genossen zumeist den Saal verließen. Mit Stärke wandte Herr Merckel sich gegen das Verhalten seiner bisherigen Partei zu den Ehrenkapiteln über Orden und Ordenauszeichnungen, Gefechtsfahnen usw., gegen die von vornherein gestimmt werden sollte, bis dann kurz vor der Abstimmung der Umfall der Mehrheit der Fraktion sich vollzog. Herr Merckel will sich zukünftig als "Bildliberaler" im Ständehaus etablieren und auch seine Mandate, sowohl zum Landtag, wie zum Reichstag, niederlegen, falls seine Wähler sein Vorhaben nicht billigen sollten.

Die Ankündigung, daß mit Merckel noch andere Linksliberale aus der nationalliberalen Fraktion austreten wollen, scheint sich vorläufig nicht zu erfüllen. Doch ist damit der Konflikt nun hinausgeschoben. Die Verhältnisse in der Fraktion Dresdener sollen die denkbare traurigsten sein. Es ist überhaupt nicht mehr möglich, die Herren unter einen Hut zu bekommen. Die nationalliberale Landtagsfraktion stimmt jetzt nie geschlossen; immer ist sie in zwei oder mehrere Gruppen geteilt.

Die Junthaltung der Geisteskranken.

Ein bedeutsame Ercheinung der Gegenwart ist beobachtet die rapide Vermehrung der Geisteskranken. Leider sind die Fürsorgeeinrichtungen für solche Kränke noch recht mangelhaft. Die vorhandenen Irrenanstalten sind häufig überfüllt. In der letzten Sitzung der Aerztekammer für die Kreischaupräsidenten Chemnitz wurde über diese Zustände lebhafte Klage geführt. Die Aerzte legten dar, daß der Unterbringung Geisteskranken in Landesanstalten große Schwierigkeiten bereitet würden. Monatlang müßten die kleinen Landkrankenhäuser, die dazu gar nicht geeignet seien, solche Kränke beherbergen. Die Aerztekammer beschloß, die einzelnen Bezirkvereine aufzufordern, hierüber Material zu sammeln, das dann der Regierung vorgelegt werden soll.

Wie groß die Zahl der Geisteskranken im Königreich Sachsen ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1907 in den sächsischen Landesirrenanstalten 4823 Geisteskranken untergebracht waren. Dazu kommen noch die Epileptischen in Hochschulen und die Geisteskranken, die in sonstigen Anstalten verteilt sind. Im Jahre 1905 war die Zahl der betreffenden Kränke um 300 geringer. Es ist mit Nachdruck zu fordern, daß sich der Staat dieser armen Opfer unserer nervösen Zeit mehr annimmt.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Weil er in eine Zwangs-

erziehungsanstalt kommen sollte, sprang der 10-jährige Sohn des Fleischermeisters in Blaues vom zweiten Stockwerk hinab in den Hof, zertrümmerte sich den Schädel und war sofort tot. Bei Schießübungen mit Papppatronen auf dem Exerzierplatz in Borna entlud sich durch die Unvorsichtigkeit eines Karabiniers dessen Waffe in so ungünstiger Richtung, daß der beim Karabinerregiment zur Dienstleistung kommandierte Leutnant von Ehrentz von Feld-Artillerie-Regiment Nr. 77 schwer am Auge verletzt wurde. Auf einer Schießbalde des Wilhelmshofes bei Borna hatten gestern mittag mehrere Kinder eine Höhle gebaut, in die sich der fünf Jahre alte Sohn des Maschinenebers Polz vertröpfelte. Möglicher brach die Höhle in sich zusammen und trocknete ab. Hilfe konnte der Junge nur als Erste geborgen werden. In der Kohlengrupe "Friedrich Wilhelm" in Chemnitz wurde der 30 Jahre alte Bergmann Schreiber von durch die Förderkohle darunter gegen die Wand geprägt, daß der Kopf Schreibers vollständig zerstört wurde. Der Unglücksarbeiter ist tot. In seiner Villa in Hallenstein im benachbarten Hammerbrücke hat sich der frühere Gutsbesitzer, jegliche Süderhof-Gutsbesitzer Gustav Weidlich erschossen. Neben das Vermögen des Weidlich ist heute der Konturs eröffnet worden. Am 2. März d. J. überfiel in Chemnitz der 21-jährige, mehrfach vorbestrafe frühere Handlungsgehilfe Paul Walter Bürkhardt den Kassenboten Dörfel der Chemnitzer Bankfirma Kunert u. Körner und schlug den Boten mit einem Eisenstäbe nieder, um ihn zu überwältigen. Dieser Vorhaben wurde jedoch durch Eingreifen vereitelt. Der Boten hatte 80 000 M. bei sich, der Täter entflammt und wurde später verhaftet. Bürkhardt wurde gestern zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenarrest überurteilt. Der Glasgerichtsfoyer in Scheidegg fiel auf einem Zwischenraum vom Gericht und erlitt Verstaubung der Wandsäule. Ein Auto raste auf den Bildwinkel der Säule mit einem Postwagen zusammen. Der Geschäftsführer rettete sich durch einen Sprung in den Straßengraben und wurde nur leicht verletzt. Zwei jugendliche Einbrecher wurden von der Kriminalpolizei in Leipzig in zwei Schulnachten im Alter von 10 und 18 Jahren ermittelt. Die Jungen verschafften sich in zwei verschiedenen Malen Eingang in eine Wohnung in der Mittelstraße in Süderbrücke, während die Inhaber abwesend waren und stahlen dabei mehrere goldene Uhren, goldene Ringe und andere Gegenstände. Ein Teil der gestohlenen Sachen machten die Einbrecher durch Versteckung zu Gelde. Das übrige Gestohlene fand sich noch bei ihnen vor. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Eibau bei den Abräumungsarbeiten auf der Brandstelle des Gasthofs zum Löwen. Der Tochterarbeiter Karl August Lust römte die Decke des Gewölbes ab. Durch Loslösen eines Steines stürzte die Decke zusammen. Zürst dabei so unglücklich herab, daß er sich schwere Verletzungen des Rückgrats zuzog. Ein in der Spinnerei der Firma Hoffmann in Reichenbach bei Chemnitz beschäftigter 18-jähriger Arbeiter Bremer wurde früh erdrückt und tot im Jahrmarkt aufgefunden.

Stadt-Chronik.

Aus dem Stadtparlament.

Die späte Herausgabe des Haushaltplanentwurfes in diesem Jahre hat jetzt für die Stadtverordneten fast nur noch Dauerfragen zur Folge. Neunundzwanzig Tagesordnungspunkte waren in der gestrigen öffentlichen Sitzung zu erledigen, darunter 13 Positionen des Haushaltplanes, und dabei sollte man erst gegen 10 Uhr in die Tagesordnung eintreten. Bei Bericht der Regierende entsetzte die Antwort des Rates auf die Befürwortung einer hiesigen Firma über Bereicherung der Beleidigungskosten für das neue Rathaus eine lange und lebhafte Debatte. Man hatte die Lieferungen ausschließlich an süddeutsche Firmen vergeben, während hiesige leistungsfähige Stadtverordneten, die zur Sache sprachen, sagten dem Rat recht böse Worte. Letzte Sachen bekam man zu hören. Die Arbeiten waren vergeben worden, ohne die Ausschüsse in Kenntnis zu bringen, wie es eigentlich nötig war; doch war absolut nicht zu erfahren, wer der Schuldige war. Nun soll sich der Verwaltungsausschuß nochmals eingehend mit der Frage be-

beschäftigen. Es handelt sich hier gerade um solche Ausschüsse, von denen man Sozialdemokraten immer ängstlich fernhalten hat. Kläglich operierte der Bürgermeister Dr. Treichlmair, der auf die Sternfrage überhaupt nicht einging und bei seinen Feststellungen beständig Heiterkeit auslöste. Eine weitere Aufführung holte sich der Rat bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Besuch des Naturheilvereins Dresden. Beifall einer Beihilfe für sein neuerrichtetes Luftbad. Für solche Sachen gibt der Rat kein Geld. Festnahmen, Pferdebezügen, sonstiger patriotischer Aktivität, dafür ist man im Rat eher zu haben. Genosse Schöne stellte den Antrag, dem nachstehenden Verein 300 M. zur Verfügung zu stellen. Nach ausführlicher Begründung unseres Redners wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Für den Zoologischen Garten wird in Zukunft die Stadt Dresden finanziell stärker in Anspruch genommen, doch hat die gestern stattgefunden Sitzung der Stadtverordneten der Stadt einen größeren Einfluß auf die Verwaltung des Zoologischen Gartens gesichert. Eine Neuordnung der Eintrittspreise sowie des Betriebs billiger Eintrittsarten an Verein ist für Ende dieses Jahres in Aussicht genommen.

Einen breiten Raum nahmen wieder die Debatten über Straßenbahngesetzen ein, bei denen sich Genosse Krüger wiederholt beteiligte. Vor allem handelte es sich um die geradezu verkehrshindrenden und die Arbeiterschaft schädigenden Vorschlägen der Arbeiterfahrkarten, deren Gültigkeitszeit im Sommer noch schlechter gelegt ist als im Winter, so daß sie die meisten Arbeiter ihren Zweck verfehlten. Auch das bestehende Tarifsystem dem Fahrpersonal gegenüber unterzog unter Leitung einer scharfen Kritik und fand hierbei Unterstützung des Stadt. Dr. Graupner, der die Meinung vertrat, die "schwarzen Tafeln" reichten wohl kaum noch aus für die Bekanntgabe der Verstrafen. Die nationalliberale Fraktion wurde vom Stadt. Gregor in Bewegung gesetzt. Er gab bezüglich der Arbeiterfahrkarten Krüger recht, auch aus den Kreisen der Industriellen seien ihm diesbezügliche Wünsche unterbreitet worden, doch könne er dem Antrag Krüger nicht zustimmen, er könne das "Opfer" der Stadt nicht zuladen. Der Stadtrat Köppen sang das alte Lied: Kontrollkarte seien eigentlich noch zu wenig! Eine Standesvertretung des Fahrbersonals könnte man bei Beurteilung von Strafen nicht erkennen. Bezüglich der Benutzung von Arbeiterfahrkarten ist nach Meinung dieses Herrn alles in Ordnung. Man müsse es fast als ein Geschenk bezeichnen, daß das Betriebsamt den Arbeitern durch diese Einrichtung mache! Es war nicht mehr möglich, die "großzügige" Rede des Stadtrats Köppen zu zerstören, da dieselbe vorsichtigerweise als Schlussnotiz des Rates abgedrängt wurde. Der sozialdemokratische Antrag auf Erweiterung der Gültigkeitsdauer für Arbeiterfahrkarten sowie auf besondere Vergünstigung für städtische Arbeiter, deren Beruf an die verschieden Arbeitszeiten gebunden ist, wurde, nachdem noch Genosse Buck besonders den letzten Abschnitt eingehend begründet hatte, dem Verwaltungsausschuss überwiesen. Es sieht also eine weitere Straßenbahndebatte für die nächste Zeit bevor. Vielleicht rechnet bis dahin der Dezernent des Straßenbahnenwesens, Stadtrat Köppen, aus, wie hoch sich das "Geldstück" beläuft, das man mit den Monatskarten, deren Preis bekanntlich auch noch zur Entnahme einer Familienanschlußkarte zu halbem Preis berechtigt, dem zahlungsfähigeren Publikum macht; die nötigen Vergleiche bei "Schätzungen" des Rates an die Arbeiter sowie an den übrigen Teil der Bürgerschaft werden dann zu ziehen sein. Zu den Positionen Beerdigungsamt, Rat und Stadtverordnete sowie Liebenant sprachen noch die Genossen Fischer, Nöhn und Braune. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden iduelle Erledigung, so daß man gegen 11½ Uhr zur geheimen Sitzung übergehen konnte.

Achtung, Lokalliste!

Der heutige Nummer der Volkszeitung liegt die neue Lokalliste bei; wir empfehlen sie den Lefern gut Beachtung. Die Vorstände der Vereine, Klubs usw. werden dringend erachtet, bei Partien, Ausflügen und sonstigen Veranstaltungen nur solche Lokale zu benutzen, die der Arbeiterschaft auch zu Versammlungen zur Verfügung stehen; diese sind in der Lokalliste aufgeführt. Ob jeder die Lokalliste auf, steht sie zu sich und schweigt sich nicht, einige Schritte weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß uns alle Lokale zur Verfügung stehen.

Die Arbeiterschaft ist mitgeteilt, daß der Gaihof zum Kronprinz in Hosteinrich der Arbeiterschaft als Versammlungsort Lokal entzogen werden ist.

Das Eigentum am Sparkassenbuch.

Sparkassenbücher haben den Charakter sogenannter Legitimationspapiere, das heißt, die Sparkasse ist berechtigt, dem Vorzeiger des Buches das Geld auszuzahlen. Sie kann aber auch verlangen, was bei größeren Sparkassen allerdings kaum eintreten dürfte, daß der Inhaber des Buches seine Rechtsgültigkeit weiter zu geben, wenn es gilt, dort einzuliehen, wo die Arbeiter als Gleichberechtigte anerkannt werden. Handelt es danach, so wird es bald dahin kommen, daß

gerichtet haben. Die Herren wollen der Öffentlichkeit nur verraten, was sie dazu geeignet halten", wie es in der Stelle aus dieser Ausgabe: "Warum muss die Bundesärztliche Arbeitgeber den zentralen Abschluss der Verträge den beiderseitigen Bundesleistungen, d. h. den Reichstarif- fördern?"

Seit sie im ganzen Deutschen Reich dem Baugewerbe Vertragsdauer den Frieden sichern will und die Erfahrung hat, dass dies durch Hunderte von Einzelverträgen, wie sie bestanden haben, nicht möglich ist, da die bisherigen Einzelverträge keinen Paragraphen enthalten, der den Vorstand des Deut- schen Arbeitgeberbundes berechtigt, sämtliche Einzelverträge sofort zu trennen, wenn während der Vertragsdauer an dem einen oder anderen Ort der Vertrag von seiten der Arbeitnehmer ge- bricht.

Seit die Arbeitgeberverbände einzelner Städte und Pro-

vinzen sind, um die Angriffe der Arbeitnehmerverbände,

z. B. in Berlin, die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

zu Mitteln beispielhaft, Vertragsbrüche zu verhindern, da sie allein die Bündelung der Arbeitnehmer die Macht

Stadtverordneten-Sitzung

vom 12. Mai.

Der Haus- und Grundbesitzerverein zu Naumburg und Wörlitz bittet in einer Eingabe um verschiedene Änderungen im Betrieb der Straßenbahnen 7. Arsenal-Wörlitz-Altona. Der Rat hat aber die Fertigung der Wünsche abgelehnt. — Stadt. Schöne (Soz.) wünscht bei dieser Gelegenheit, dass für die Benutzung der Straßenbahn zwischen Cotta und Wörlitz nur ein Fahrpreis von 10 Pf. erhoben wird, da es sich nur um eine kurze Fahrt auf derselben Linie handelt. Jetzt muss man 15 Pf. bezahlen.

In einer Eingabe bittet der Verein der Aushilfsschaffner um eine Erhöhung des Stundenlohnes. Der Rat bemerkt hierzu, dass die Aushilfsschaffner mit einem Stundenlohn von 35 Pf. beginnen. Auf Antrag des Stadtr. Dr. Grauener, wird das Gesuch zur weiteren Behandlung an den Finanzausschuss abgegeben.

Begehr der Vergabeung der Beleuchtungskörper für das neue Rathaus hatte sich vor einiger Zeit der Konzernfabrikant Schödl beschwert. Die Angelegenheit hat schon einmal im Kollegium um lebhafte Debatten Anlass gegeben, weil dem Rat bezw. dem Rathausbau-Ausschuss vorgeworfen wird, dass die einheimische Beleuchtungsindustrie nicht genügend berücksichtigt zu haben. Jetzt teilt nun der Rat hierzu mit, dass seinerzeit mit Zustimmung des Ausschusses die reicheren Beleuchtungskörper unter Zusicherung auswärtiger Firmen freihändig vergeben worden sind, dagegen waren die Lieferungen einschärfender Beleuchtungskörper öffentlich ausgeschrieben. Der Geschäftsführer habe sich bei zwei Losen anbieten können, so niedrigere Angebote vorlagen. Insgesamt waren von auswärtigen Firmen Beleuchtungskörper für 37.000 M. gefertigt worden, von auswärtigen über 48.000 M. Dabei müsste aber berücksichtigt werden, dass sich bei den nach auswärtis zur Vergabeung gelangten Lieferungen gewisse Beleuchtungskörper befunden hätten, die in Sachsen gar nicht erhalten waren.

Die Stadt. Gregor und Weißlich II behaupten aber jetzt wieder, dass der Rat die auswärtige Industrie bevorzugt habe. Stadt. Kutsch, der dem betreffenden Ausschuss angehört, bemerkt, es sei nur beschlossen worden, dass bei der Vergabeung der Leistungen auch auswärtige Firmen herangezogen werden, keinesfalls habe man aber gewollt, dass dies in dem eingetreteten Umfang geschehen solle.

Bürgermeister Kreischmar ist dagegen der Meinung, dass die Trossdner Beleuchtungsindustrie in ganz erheblichem Maße berücksichtigt worden sei. Im anderen Falle müsste dann bei der Vergabeung der Beleuchtungskörper ein anderer Modus eingeschlagen werden. Nur einheimische Firmen zu berücksichtigen sei gar nicht möglich, denn das würde dazu führen, dass den heimischen Firmen die Lieferungen noch auswärtig entzogen werden.

Die Mehrheit des Kollegiums ist noch immer nicht bestreikt,

sondern beschließt, das Ratschreiben an den Verwaltungsausschuss

zur gründlichen Untersuchung der Angelegenheit zu überweisen. Auch sollen die Rathausbauakten herbeigezogen werden.

Darauf wird in die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung eingetreten.

Zur Herstellung einer Straßenbahnverbindung nach der neuen Radebecker (zweigleisiger) Ausbau der Straße in der Bodenbacher Straße zwischen der Rothermundstraße und der Viehbäder Straße und eingleisige Abzweigung durch die Viehbäder Straße mit einer Standortanlage in der Winterbergstraße) fordert der Rat 20.740 M. Das Kollegium bewilligt die Summe und erlässt den Rat, die seiner geplanten Verdopplung des Gleises zwischen dem Bahnhof Grüne Wiese und der Rothermundstraße schon jetzt mit ausführen zu lassen und bewilligt auch die hierzu erforderlichen Mittel von 17.180 M.

Der nächste Punkt betrifft die

Reorganisation des Zoologischen Gartens.

Der Rat schlägt vor, die Wahl des Herrn Dr. Brandes in Halle zum Direktor des Zoologischen Gartens zu genehmigen, den Beitrag der Stadtgemeinde für die nächsten fünf Jahre von 15.000 auf 30.000 M. zu erhöhen, ferner, dass die Sparkasse die Differenz bis zum Höchstbetrag von 600.000 M. gewährt und dass die Stadtgemeinde den Tarifabschlägen gegenüber die Haltung für Tilgung und Vergütung ihrer Tarifabschläge bis zu einem Höchstbetrag von 200.000 M. übernimmt. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Sofas.

Ehrebeiträge im Brauereiarbeiter-Bund.

Zu der am Dienstag in der Zentralhalle stattgefundenen Mitglieder-Gesammlung des Zentralbundes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufe wurde einstimmung der Beschluss gefasst, Ehrebeiträge zu nach verdienten in Höhe von 30 Pf. bis zu 1 M. pro Woche zu erheben. Die eingegangenen Gelder sollen zur Hälfte den ausgewählten Bauarbeiterinnen zugutegehen und die andere Hälfte für die eigene Arbeiterbewegung als Fonds angelegt werden.

Inland.

Unsere gewerkschaftliche Internationale.

Dem General-Vorstand, internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Bundesverbänden, ging von dem in diesen Tagen tagenden Kongress der vereinigten Gewerkschaften Bulgariens ein Begrüßungstelegramm zu, das den Kampfgeist der übrigen Länder die Freundschaft und Solidarität ausdrückt. Zug aller Hemmnisse, Verfolgungen sowohl seitens der Regierung wie auch eines ruchlosen Unternehmers, macht die Arbeiterbewegung auch in dem entlegenen Bulgarien, wie den soeben erschienenen "Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908" aufweist. Danach liegt die Mitgliedszahl der angehörigen Gewerkschaften im Jahre 1908 von 1500 auf 2474, also um etwa 60 Proz.!

Neues aus aller Welt.

Die Katastrophe des Z. II.

Die Ursachen der Zeppelin-Katastrophe bei Weilburg beschäftigen anhauernd die interessierten Stellen. In der amtlichen Darstellung der Katastrophe erklärt jetzt die Erbauerin des Luftschiffes, die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft m. b. H.: Das Wesentliche der amtlichen Darstellungen liegt nur uns darin, daß durch eine von den Seiten kommende Fließ das Rumpfdeck verunstaltet worden sei, wobei die Verstärkung des Haltestücks brach und die vordernen Streben des Raumskeletts abgerissen wurden; das Interesse bei dadurch wahrscheinlich in endlose Spannung gekommen und gerissen". Wir bemerken dazu: Es ist bei der Art, wie die Verankerungsorgane innerhalb des Z. II von uns angeordnet waren, technisch unmöglich, daß der Vorgang des Vorsteckens sich in der beschriebenen Weise abgespielt habe. Der Haltestiel ist nicht nur durch die naiven Vorstellungen, sondern auch durch diagonal verlaufende Drähte fixiert und kann seine Lage bei seitlichem oder nach unten gerichteten Flügen nicht verändern, solange diese Drähte nicht gerissen sind. Nur das aber unter Überzeugung aus Erfahrung ist möglich, daß diese Teile und ihre Verfestigungspunkte noch nach der Strandung bei Weilburg intakt waren, wie auch aus einer Photographie ersichtlich ist, daß etwa hundert Mann noch nach der Strandung das vorherige Ende des Fahrzeugs an den von uns angebrachten Verankerungsorganen zu bewegen suchten. Witten kann bei verberbliebener Flucht, in dem die Anterisse

brach, nicht durch das vorhergehende Brechen von Rücksichten ansetzt sein, die durch unsere Verantwortung in Bezug auf werden. Es muß dies also unbedingt ein Irrtum bei Rücksicht auf die Verantwortung eigner Konstruktion, die man am Ende nicht geeignet waren, nicht handhabt und Teile, die bestimmt mit heraustritt, infolge dieses Umstandes möglicherweise ausfallen. Das ist um so mehr schade, da es am unteren Ankerring angebrachte Teile, wie ein Verspannungsstift, Spielraum genug batte, plötzlich nach dem Zerrunnen des obigen zu schwiegen. Eine solche Bewegung des Rumpfes unter dem Windstoß um so sicherer und heftiger jeder, wenn vorne kurz verankert, hinten frei bewegliches Ende hätte, um unter dem Ankerring angebrachte Teile eingestellt. Die Verankerungsorgane sind sehr genau, auch den starken Windstoß handhaben.

An amtlichen Stellen wird entschieden behauptet, daß der Zeppelin auf der andern Seite regelrechte Abfahrt über die Spannung eingetreten sei.

London, 12. Mai. In einer Kohlengrube bei Ellingham eine Explosion statt. Von 134 Mann, die sich in der Grube befanden, wurden bisher nur vier gerettet.

Herten

welche Zeit auf elegante Garderobe legen, besonders auf Gelegenheit, bei welcher im ersten Stilus. Maß angefertigt, zu Cavalieren, Tafeln, Soldaten usw. nur wenig gebräuchliche Kleidung zu wählen. Gute Vermietungstabelle des Zusatzhandels für die Zwecke dieser Herrenkleidung von

Die Empfehlung

Maß-Anzüge

8, 13, 20 M.

Maß-Paletots

6, 10, 18 M.

Masatsgarderobe-Jacke

Dresden

Freie Straße 18, 1. Au-

tenzeit, Biedermeier

Zw. II: Elegante im

Garderobe, Vordring-

Stieg auf drittem Stock

oooooooooooo

Fahrräder

10, 20, 25, 30, 40 M.

neu: 45, 55, 80, 100-120

verlaufen Sporträder

Krause, Seidenstr.

Regenschirme, Imitat-

Reparaturen und Le-

Potschappel, Theresien-

Straße 25, Fr. Bay-

richt gut u. billig

fröhlich, welche

Reisegeräte usw.

R. Rad

billig zu verkaufen

Cleg. Blauflocke ist

billig zu verkaufen

Q Innenwagen, Raspalte

Reparaturen, Sportaus-

tafel, automobil-

etwa 1000 Stück

Mod. Kinder- u. Spie-

zu jedem annehmbaren

Vogtan. Südt. 42

Schwarze Anzüge

Zylinder reichlich

Schubert, Altmühlstr.

Feine Herren- u. Knaben- Bekleidung

Spezialität:
Ersatz für Mass

Elegante Herren-Anzüge

in den neuesten Mustern und tadelloser Ausführung

à 15, 18, 20, 22, 25, 27, 30, 32, 35 bis 58 M.

Frühjahrs-Paletots u. Ulster

à 16, 18, 20, 24, 28, 30, 33, 36 bis 52 M.

Gummi-Mäntel u. Regen-Ulster

in grösster Auswahl.

Wetter-Pelerinen aus Loden u. Gummi.

Stoff-, Kammgarn- u. Cheviot-Hosen von 2.50 bis 21.00 M.

Phantasie-Westen, schick verarbeitet reizende Muster.

:: Grosse Auswahl ::

von Knaben-Anzügen für jedes Alter, in Blusen-, Schiller-, Sport-, Jacken- und Sakkos-Fassons.

— Die schönsten Neuheiten dieser Saison. —

L.GROSSMANN Dresden

Wettiner-Ecke Zwingerstr.

Nicht mehr Mitglied der Vereinigung
Dresdner Waren-Kredit-Geschäfte.

Keine Gratiszugabe!

Anzahlung von

5 M.

an, Abzahlung

1 M.

wöchentlich.

Manufakturwaren, Bett- u. Leibwäsche,
Kleiderstoffe, Blusen, Unterröcke usw.

Einzelne Möbel

sowie auch ganze Ausstattungen, mit und gemalt

Spiegel, Uhren

Polsterwaren

aus eigener Werkstatt

Strenge reelle Bedienung.

Herren-Anzüge

Knaben-Anzüge

Herren-Paletots

Kinderwagen

Wring- und Nähmaschinen

Damen- u. Mädchen-Konfektion

Anzahlung von 3 M. an.

Ab-

zahlung 1 M. wöchtl.

Kredit auch auswärts.

Niedrige Waren unter Garantie.

Nicht mehr Mitglied der Vereinigung
Dresdner Waren-Kredit-Geschäfte.

Kötth, Coswig u. U.

Verkäufungen auf die

Dresdner Volkszeitung

Wahrer Jakob, Postillion, Freie Stunden, (ext.)
Inserate und Druckaufträge nimmt entgegen

Hermann Stieblich, Köllitz, Bahnhofstr. 38.

Gebr. Kinderwagen zu

billig. Müller, Herbststr. 16, 2.

Berg- und Touristenstiefel

Militärstiefel u. Schuhe billig

Rich. Nicolai, Al. Kirchgasse 1.

Möbel-Ausstattungen

nur solid, empfohlen

J. Rehber, Maxstr. 4.

L-Rad fast neu, billig zu verkaufen

Reitinger, Straße 11, 2, 2.

Einzelne, Kleidung, Neuberg, Bügelz

u. Kleide entw. 1 M. Repar. Bill.

Röhrer, 21. Brüdergasse 7, 1.

Gelegenheitskauf!

billig. Herren- und Kinder-

Mützen-Anzüge billig zu ver-

Kauf. Blumenstraße 6, Obj. 1.

Herzliche Grüße

Geschichten v. Stef. Grossmann.

Brosch. 2.00, gebd. 2.50 M.

Volkshochschule Dresden

Zwingerstraße 21.

Für das Pfingstfest: Saison-Neuheiten 1910

Anzüge

für Herren, Jünglinge und Knaben

zu bedeutende Preisermäßigungen gegen Geschäftswertigkeit

Sattmann, Peter, Jappa, M. K. Ermelitz etc.

Otto Paul

Potschappel, Dresdner Straße 24

vis-à-vis Oehmes Restaurant.

Verb. der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter.

Am 11. Mai verstarb unser Kollege

Franz Pouva

an der proletarischen Krankheit. Er war immer eifrig für

Interessen unserer Organisation tätig! Ihre letzten Befehle

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 15. Mai, vor 12 Uhr

vom Trauerhaus Teubner, Bürgerstraße 4, aus.

Um großes Geleit zur letzten Ruhestätte zu

Die Ortseverwaltung

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Dresden.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Fischer

am 12. Mai im Alter von 59 Jahren plötzlich verstorben.

Ihre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Sonntag den 13. Mai um 12 Uhr

auf dem Loschwitzer Friedhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung erachtet

Die Begräbnisfeier ist

Die Begräbnisfeier ist

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein Sohn, der Sohn

unter treulosem Vater, Bruder, Schwester und Onkel

Schneider **Franz Pouva** nach langem, schweren und

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Rz. 108.

Dresden, Freitag den 13. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 12. Mai, vorw. 10 Uhr.

(Schluß.)

Herauf beschließt die Kammer, in teilweiser Abweichung von diesen Beschlüssen und in Übereinstimmung mit der ersten über die Landesbrandversicherungsgesetz, über die Feuerwehr und über die private Versicherungsunternehmungen, über die Gewerbe und über die Verhältnisse direkter Steuern und veranlagt angunzen.

Hierauf beschließt die Kammer bezüglich einer Reform des Eisenbahngesetzes, die von der Ersten Kammer abgelehnt worden ist, in dem von der Ersten Kammer im letzten genehmigten zu einer Verordnung betreffend die Änderung der Verordnungen über die Rufe an Sonn- und Feiertagen die Polizei und über die (die Erste Kammer besteht auf 2 Uhr) festgesetzt wird. Den beiden Punkten müssen also Vereinigungsverhandlungen

der Petition der Tierschutzvereine zu Dresden und Leipzig auf einstimmlichen Beschluss der Verwendung eines Bildes bei Begegnungen bleibt antragsgemäß befreien. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und Volks-

Abg. Dr. Körber steht auf der Tagesordnung der Deputations- über den Antrag des Abg. Richter und Genossen (Soz.) be- hält sich die in den Staatsbetrieben beschäftigten Beamten und Beamten sowie die Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben für alle Staats- betriebe. Der letzte Punkt steht auf der Tagesordnung der Deputations-

Die Deputation stellt folgende Anträge:

Die Kammer wolle beschließen:

I. die Staatsregierung zu ersuchen:

1. die Errichtung von Beamtenausschüssen bei der Revision des Staatshaushaltsgesetzes vorzusehen,

2. den Dienst- und Verhältnissvorschriften für die in den Betrieben des sächsischen Staates beschäftigten Arbeiter alle Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis abhängig machen von der politischen Gesinnung der Dienststellen, zu entfernen,

3. die Ausübung des Koalitionsrechts wie aller übrigen Staats- bürgerrechte den in den Staatsbetrieben beschäftigten Per- sonen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen. Für die im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen bleiben die seitherigen Bestimmungen bestehen.

4. die bestehenden Vorschriften über die Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben nach folgenden Grundsätzen abzuändern:

a) Die Arbeiterausschüsse haben das Recht, selbständig zu allen, das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. Sie sind zur Begutachtung bei Regierung aller solcher Fragen heranzuziehen.

b) Wahlberechtigt sind alle Arbeiter und Arbeitnehmer, die am Wahlgang das 21. Lebensjahr, wählbar alle Arbeiter und Arbeitnehmer, die am Wahlgang das 25. Lebensjahr erfüllt haben, und zwar nach vorhergegangener ein- jähriger Tätigkeit im Betriebe.

c) Das Personal einer jeden Gruppe hat das Recht, zur Vorbereitung der Ausschusshandlungen in Abwesenheit der Vorgesetzten zu freier Aussprache zusammenzutreten. Die Ausschusshälfte dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht entlassen oder versetzt werden. Durch die Ver- fügung eines Ausschusshälfte in eine andere Gruppe wird seine Funktion während seiner Wahlperiode, soweit es räumlich angezeigt ist, nicht aufgehoben.

d) Die Arbeiterausschüsse werden aller drei Jahre neu gewählt. Jährlich finden mindestens zwei Sitzungen statt, außerdem so oft, wie es die Mehrheit der Ausschusshälfte oder die vorgesetzte Dienstbehörde oder der zehnte Teil, mindestens aber fünf Mitglieder einer Gruppe verlangen.

e) Von jeder Sitzung ist ein Protokoll aufzunehmen, das der vorgesetzten Dienstbehörde und allen Ausschusshälfte in Abschrift zugestellt ist.

f) für Betriebe und Personalgruppen, für die Arbeiterausschüsse juriert nicht bestehen, diese baldigt im Verordnungswege einzuführen.

Die Punkte I 2, 4a, 4b, 4c, 4d, 4e wurden von der Deputation angenommen; Punkt 1 gegen die Stimmen der Abgeordneten, Frädorf, Linke, Schönfeld, Schwager, Winkler und Zimmer; Punkt 1 3 gegen die Stimmen der Abg. Demmler, Frädorf, Linke, Schwager, Winkler und Zimmer; Punkt 1 5 gegen die Stimme des Abg. Schönfeld.

Eine Minderheit, bestehend aus den Abg. Demmler, Frädorf, Schwager, Winkler und Zimmer, beantragt,

die Kammer wolle beschließen:

III. die Staatsregierung zu ersuchen:

1. am Ende von I 3 zu sagen:

Die Ausübung des Koalitionsrechts wie aller übrigen Staatsbürgerrechte den in den Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen.

2. folgenden Nachschl. hinter I 4b anzugeben:

Jeder Ausschuss hat das Recht, mit anderen Aus- schüssen in Verbindung zu treten.

Abg. Winkler (Soz.):

Es ist nicht möglich gewesen, dass die Minderheit sich dem

am der Deputationsmehrheit in allen Punkten anschließen konnte.

Wir haben es schon oft erlebt, dass die Regie-

rung einen Antrag auf Billigung des Koalitionsrechts an die

dieser Standpunkt gestellt, der leider von der Mehrheit der De-

putation abgelehnt wurde.

Die Gründe der Regierung werden uns

nicht erhalten, immer wieder von der Regierung zu fordern, das

es Eisenbahner das Koalitionsrecht zugänglich erhalten.

Am Berichtsstand ist es nicht gelungen werden, das in den Eisenbahnbetrieben standen, obwohl sie nicht zu jüchten, wenn die Lage der

Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben befriedigend wäre.

Staatswohl den Eisenbahnbetrieb das Koalitionsrecht nicht zu

bestehen werden kann. Wir stehen vielleicht auf dem Standpunkt,

es ist ein sehr wichtiger Staat sein muss, der bleibt schon ins-

tere die Regierung wie jetzt zusammengelegt bleibt. Wie haben

die Hoffnung, dass wir der ablegenden Haltung der Regierung die

Entlastung der Verhältnisse es mit sich bringen wird, das man

die Koalitionsrechte den Eisenbahnarbeitern nicht mehr vor-

Weiter stimmen wir nicht mit der Mehrheit überein, soweit diese der Meinung ist, dass die Arbeiterausschüsse nicht miteinander in Verbindung treten dürfen. Die Regierung beschließt, dass eine gewisse Organisation aller bestehenden Ausschüsse durchgeführt werden könnte; das beweist zur Genüge, dass auch das kleinste Atom von Organisation bei ihr unangenehme Gefühle auslöst, es ist die Angst vor der Organisation der Arbeiter. Die Regierung erklärt sogar, dass in allen Staatsbetrieben Arbeiterausschüsse nicht nötig sind. Wir können die Einstellungnahme der Regierung nicht begreifen, wir können sie aber auch nicht unterstützen, wenn sie behauptet, dass die Einrichtung der Eisenbahner-Ausschüsse gezeigt habe, dass sie nicht unbedingt notwendig ist. Würde man diese Ausschüsse einzurichten, wie wäre es dann zu deklarieren, dann würde es sich wohl zeigen, dass es eine für das Wohl der Eisenbahnarbeiter sehr notwendige und zweckmäßige Einrichtung ist.

Ministerialdirektor v. Seydelwitz (auf der Journalistentribüne nur schwer verständlich): Die Beamten genießen nach dem Staatshaushaltsgesetz schon sehr weitgehende Rechte, sie können dieselben auch auf dem ordentlichen Wege verfolgen. Eine Neuordnung, wie sie hier gewünscht wurde, ist schlechtdings nicht möglich, es muss auch jeder Schem beitreten, als ob die Beamten eine Macht hätten sich in irgendeiner Weise in Gegenseit zu der Verwaltung zu stellen. Deshalb kann die Regierung auf die Errichtung von Beamtenausschüssen nicht zulassen.

Hinsichtlich der Einrichtung von Arbeiterausschüssen für alle Staatsbetriebe behält sich die Regierung die Entscheidung vor, einzelne Anträge erscheinen nicht bedeutsam und dürften auf Er- füllung reden. Der Zusammenschluss der einzelnen Ausschüsse zwecks Verhandlungen erscheint zwecklos. Auf die Ausführungen des Abg. Winkl. zu Kapitel 16 muss ich nochmal bemerken, dass die Regierung nichts tun kann, solange ihr die Unterlagen fehlen. Wenn auf meine Vermuthung, dass für die Beschwerdeführer bei Kenntnis ihrer Namen nicht das geringste geschehen würde, vor der äußeren Linke Zweifel geäußert werden, so muss ich gegen einen solchen Bedarf der Regierung Verhandlung einlegen. (Zuruf: Chemnitzer Eisenbahner- mitschwestern!) Die Abgeordneten sind übrigens nach der Landtagssitzung verpflichtet, die Beschwerdeführer der Regierung bekanntzugeben.

Abg. Schönfeld (cons.) begründet seine ablehnende Haltung zu einzelnen Punkten des Minderheitsvotums.

Abg. Frädorf (Soz.): beantragt, werkt über das Minderheitsvotum abzustimmen sowie über Punkt 3 gesonderte Abstimmung vorzunehmen.

Abg. Kleinheimpel (nall.) erläutert die Regierung, ihren abwehrenden Standpunkt hinsichtlich der Beamtenausschüsse aufzugeben. Wie wünschen auch, dass für alle Staatsbetriebe Arbeiterausschüsse eingerichtet werden, und das sie nicht bloß auf dem Papier seien, sondern dass man ihren Wünschen und Anträgen entspricht.

Abg. Günther (Fortschr. Volksp.): schließt sich dem Vorredner an.

Gehirnrat Wohl: Betreft der Beamtenausschüsse kann die Regierung nicht eingekommen. Ebenso sind für alle Staatsbetriebe Arbeiterausschüsse nicht nötig. Die z. B. im Großen Garten in Beschäftigung stehenden Arbeitsträger stehen in ständiger Führung mit ihren Vorgesetzten und brauchen keinen Arbeiterausschuss. Besonders der Forst werden wir die Arbeiter fragen, ob sie Arbeiterausschüsse wünschen, und danach weitere Maßnahmen treffen. Der Arbeiterausschuss ist im übrigen aber dazu da, die Interessen der Arbeiter des eigenen Staatsbetriebes wahrzunehmen. Deshalb hat es vor keinen Zweck, dass sie sich unter einander in Verbindung setzen.

Vorbehaltlich bemerkst noch Abg. Winkl. (Soz.), dass er nach den bisher gemachten Erklärungen nicht die Namen der Beschwerdeführer nennen könne, er würde in deren Augen sonst ein Denunziant sein.

Die Beschwerden sind zudem schon so alt, dass die Regierung ihnen längst nachgehen können.

Datafö wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge der Minderheit werden mit 20 gegen 24 freilich und sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. Die Anträge der Deputations-

mitglieder und die vorgesetzte Dienstbehörde oder der zehnte Teil, mindestens aber fünf Mitglieder einer Gruppe verlangen.

Der Präsident beruft noch eine Abstimmung an.

Den Vortrag auf 8½ Uhr angezeigt wird. Tagesordnung: Mitteilungen und Beschlüsse zu den Ergebnissen der Verhandlungen des Einigungsvorlasses.

Sitzung vom 12. Mai, abends 8½ Uhr.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bilden Mitteilungen und Beschlüsse über die Ergebnisse des Vereinigungs- verfahrens.

Das Wort erhält zunächst der

Abg. Dr. Spiek (cons.): Die Zweite Kammer hat zu Dekret 11 betreffend Änderung zur Vergleichsabstimmung beschlossen, dass die Wahl der Sicherheitsmänner in einem öffentlichen Lokal als Rücksicht zu berücksichtigen ist. In diesem Punkt ist die Erste Kammer dem Beschluss dieses Hauses beigetreten. Deutet ist hier beschlossen worden, dass die Sicherheitsmänner wieder gewählt werden können. Die Erste Kammer ist hier auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben.

Um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, hat die Gesetzgebungsdeputation hier nachgegeben, in denen Namen ich beantragt, dem

zu zugeben.

Das Haus beschließt demgemäß gegen die Stimmen der Sozial-

demokraten. Es ist hier also eine Einigung erzielt worden.

Über das Vereinigungsverfahren zu Dekret Nr. 14 betreffend den Gesetzentwurf über das höhere Pädagogische Seminare berichtet

Abg. Dr. Schenkel (nall.): Es ist hier eine Einigung er- ziert, so dass keine Widerrede mehr vorliegt. Das geht voraus, dass wir in untergeordneten Punkten nachgegeben haben. Dagegen hat die Erste Kammer bereits die Zusammensetzung der Präsenz nachgegeben, insofern sie eine siebenklassige Anzahl bewilligt und aus den drei unteren Klassen verzichtet hat. Dagegen ist von unserer Seite darauf verzichtet worden, dass einem akademischen Lehrkörper auch eine Direktorin vorstehen kann.

Unterstützt wird dies demgemäß beschlossen das Haus, diesen Beschluss zu sanktio-

nieren.

Der dritte Differenzpunkt betrifft den Gesetzentwurf über die Anstellung der Nebendarbeitsschreiber. Hier batte die Zweite Kammer ebenfalls beschlossen, dass der Staat die Pensionskosten, die circa 40.000 M. betragen werden, übernehmen soll. Die Erste Kammer dagegen wollte die Pensionskosten den Gemeinden übertragen. Auch hier ist in dem Vereinigungsverfahren eine Einigung erzielt, nachdem, wie Abg. Prezel (cons.) als Vertreter ausübt, der Kultusminister eine Erklärung abgegeben hat, wonach der Finanz-

minister sich bereit erklärt hat, einen Beitrag von 10.000 M. zur Ver-

fügung zu stellen, aus dem an die betreffenden Gemeinden außer-

ordentliche Unterstützungen gewährt werden sollen. Die endgültige

Regelung der Angelegenheit soll bei den Verhandlungen über das

neue Volksschulgesetz mit erfolgen.

Die Kammer erklärt sich damit einverstanden.

Bei dem Gesetzentwurf über die Gebäudeversicherung für Notare ist, wie Abg. Brodaus (Fortschr. Volksp.) mitteilt, keine Einigung erfolgt. Dabei hat es sein Bewenden.

Zum Gesetzentwurf über die Landesbrandversicherungskasse berichtet Dr. Löbner (nall.), dass die Erste Kammer in die Einigung des § 7, Absatz 4 gewilligt hat. Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Über den Antrag Dr. Roth (Fortschr. Volksp.) auf Neuregelung des gesamten Beamtenrechts ist nach einer Mitteilung des Abg. Brodaus keine Einigung erfolgt. Die Erste Kammer will von einer solchen Neuregelung nichts wissen.

Dagegen hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer bei dem Vereinigungsverfahren über die Konsern- und nationalliberalen Anträge auf Reform der inneren Verwaltung und nationalen Verordnungen der Zweiten Kammer delegiert, nachdem vom Ministerium keine Kündigung darauf zu nehmen ist, dass der Ausschuss von Sachverständigen ausgewählten angehört. Es ist also in die Streichung der Worte „und Parteien“ gewilligt worden. Die Kammer stimmt dem zu.

Über die Reform des Feld- und Forststrafgesetzes ist es, wie Abg. Dr. Körber (nall.) mitteilt, zu keiner Einigung gekommen. Die Sache ist also gescheitert.

Eine weitere Differenz war beim Antrag Brodaus betreffend die Sache Zeit entstanden. Die Erste Kammer hatte den Sonntagabend um 2 Uhr, die Zweite Kammer auf 8 Uhr früh festgelegt. Dies hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer nachgegeben.

Dieser Beschluss tritt das Haus einstimmig bei.

Über die Reform des Feld- und Forststrafgesetzes ist es, wie Abg. Dr. Körber (nall.) mitteilt, zu keiner Einigung gekommen. Die Sache ist also gescheitert.

Eine weitere Differenz war beim Antrag Brodaus betreffend die Sache Zeit entstanden. Die Erste Kammer hatte den Sonntagabend um 2 Uhr, die Zweite Kammer auf 8 Uhr früh festgelegt. Dies hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer nachgegeben.

Dieser Beschluss tritt das Haus einstimmig bei.

Über die Reform des Feld- und Forststrafgesetzes ist es, wie Abg. Dr. Körber (nall.) mitteilt, zu keiner Einigung gekommen. Die Sache ist also gescheitert.

Eine weitere Differenz war beim Antrag Brodaus betreffend die Sache Zeit entstanden. Die Erste Kammer hatte den Sonntagabend um 2 Uhr, die Zweite Kammer auf 8 Uhr früh festgelegt. Dies hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer nachgegeben.

Dieser Beschluss tritt das Haus einstimmig bei.

Über die Reform des Feld- und Forststrafgesetzes ist es, wie Abg. Dr. Körber (nall.) mitteilt, zu keiner Einigung gekommen. Die Sache ist also gescheitert.

Eine weitere Differenz war beim Antrag Brodaus betreffend die Sache Zeit entstanden. Die Erste Kammer hatte den Sonntagabend um 2 Uhr, die Zweite Kammer auf 8 Uhr früh festgelegt. Dies hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer nachgegeben.

Dieser Beschluss tritt das Haus einstimmig bei.

Über die Reform des Feld- und Forststrafgesetzes ist es, wie Abg. Dr. Körber (nall.) mitteilt, zu keiner Einigung gekommen. Die Sache



Alle Neuheiten

In garnierten und ungarnierten

Damen-Hutformen Mädchen- und Kinder-Strohhüten

hervorragende Auswahl, billige Preise.

Unsere Spezialität:

Tonangebende Sporthüte

in unübertroffener Auswahl, bekannter Billigkeit.

Radeberger Hutfabrik Wagawa & Crönert G.m.b.H.

Einzel-Verkauf in Dresden-A. nur Moritzstrasse 3.



u eröffnet!!

Nur für Herren.

Gute, getragene Anzüge von 7.50,- bis 11.50,- sind wie auch außerhalb Jäckchen u. Stoffhosen 2 M. an, auch einz. Westen 35,- Pf. am Betrag. Herren-Anzüge-Schuhe u. 1.50,- an. Nur Gr. Brüdergasse 37, I. und außerg. Rabattvergütung.



Bingoplatten
Binnfolddaten

größte Schlager
auf Schallplatten
Dieselben empfiehlt

Oscar Victor
Wallstrasse 21.
Kunstfertig leistungsfähigste
Firma.

Gute, getragene
Herren- und
Damenkleider,
Träg- und Gehrock-
Anzüge verkauf und
verleiht billig

E. Nather, Steinenstr. 10
Irlicher Gr. Brüdergasse 3.

Händler, Seide u.
Waren, Schuh-
farr., Blattbr.,
Waschwannen,
Haus- u. Küchen-
hans- und Materieletten,
eis. Garagenräte,
spielwaren, eins. Kader. u. 2 cm
lang. Salzmüller, Holz-
warenhandl. Galeriestr. 24.

Mutterspritzen



2 Reihen von 1.75 M. an,
Sillen, Leibbinden, Dienstreißer,
Kordelbinden u. dergen.

Frauen-Artikel

Frau Heusinger

37 Am See 37. Ed.

Reichsmalbar. Preis.

an acht auf die Firma.

A. Rencker, Uhrmacher u. Optiker

Verkauf u. Reparatur

Fachliche Bedienung

3. Seite-Strasse 1.

Ver. u. Damen-Kled. mit

Expedo, bill. zu pf. en.

Gr. Brüdergasse 21, 2.



Woher haben Sie diese vorzüglichen Zigarren? Die gibt's nur bei folgenden Fabrikanten:
Dresden-Alstadt:
Gustav Siebler, Döbelnstraße 21
Richard Pöhl, Zwiedauer Straße 114
Emil Stärk, Photenhauerstraße 72.
Dresden-Neustadt:
Robert Büttner, Wallgrafenstraße 93
Die mit Stern beschrifteten haben auch Rabattvergütung.

für
Wiederverkäufer
reellster u. billigster
Einkauf!

Billiges Brot

Prähziner Münzleubrot, 4 Pf.
41 Pf. bei 5 Stück 40 Pf. das
Stück. Walter Birkholz,
Leininger Straße 87.

Trads
schwarze Rost-
anzüge, Zylinder
verleiht
und verkauft nur
Landhausstraße
Nr. 10
Telephon Nr. 9799.

Gefr. Damenkleider, Jackettis
wegen Aufgabe des Geschäfts zu
jedem Preiss zu verkaufen
Leininger Straße 43, part.

Der rechte Weg
sich mit wirklich schicker und eleganter Kleidung
zu versehen, ist für die elegante Herrenwelt bereit
kein Geheimnis
mehr. In dem Kaufhaus für Monatsgarderoben,
Prager Straße 26, erhalten Sie, allerdings

nur für Herren

von Millionären, Doktoren, Reisenden, Offizieren
sowie feinsten Kavalieren nur wenig getragene, in
den ersten Werkstätten Deutschlands und des
Auslandes, teils auf Seide, gearbeitete, an Stoff
und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III

Mass-Anzüge 10.- 14.- 20.- usw.

Mass-Paletots 8.- 12.- 18.- usw.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Dresden-A., Prager Straße 26

Größtes Spezialhaus für Monats- und Abonnements-Garderoben.

Einzig streng reelles christliches Geschäft dieser Art am Platze.

Abteilung II: Elegante neue Garderoben.

Für Reflektanten dieser Abteilung bleiben wir nach Kräften bemüht,

immer das Neueste und Beste vom Besten zum Verkauf zu bringen.

N.B. Durch größere Abschlüsse mit nur ersten Abonnementshäusern sind wir in der Lage,
unsrer w. Kundschaft in Monats- und Abonnement-Garderoben etwas ganz Vorzügliches
zu bieten und können dadurch selbst dem verwöhntesten Geschmack gerecht werden. Außerdem
werden sämtliche Kleidungsstücke in unserem eigenen, von ersten Kräften geleiteten
Ateliers nach jedem Geschmack vollständig kostenlos umgearbeitet. — Wir machen ferner
darauf aufmerksam, dass jedes Kleidungsstück auf Tage, Wochen u. Monate verliehen wird von
1.50 M. an. — Verliehen gewes. Anzüge u. Paletots wird erhöht. und. Freis verkauft.

Putzin

bester flüssiger Metallputz

Alleiniger Fabrikant: Fritz Schulz jun. Akt.-Ges. Leipzig

Reiseführer und Karten

für die
Umgebung Dresdens • Sächsisch-Böhmisches Schweiz usw.
ferner

Radfahrerkarten

Volksschulbuchhandlung, Große Zwingerstraße 14.

Grammophone u. Sprechapparate

die neuesten, trichterlosen

in jeder Preislage.

auch gegen Teilzahlung bei

Wochenraten

von M. 0.50 an.

Zonophonplatten, 25 Centimeter

doppelseitig, M. 2.00.

volle Garantie für jeden Apparat.

Unterschiedl. alter Apparate und Platten unter
fotolauten Bedingungen. Vorführung ohne Kauf-
verpflichtung. Ausführ. Katalog. Nr. 21. gratis
und franco.

Grammophon-Zentrale Dresden-A.

Trompeterstraße 8.

franz.

und

deutsch

3. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Bl. 108.

Dresden, Freitag den 13. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Veranstaltungen.

5. Kreis. (Generalbericht über die im April stattgefundene Versammlungen.) Es fanden statt 19 Mitglieder. In 13 wurden Vorträge gehalten, die durchweg mit einvernehmen wurden. Der gegen den Genossen Preuschneider erheblich gehaltene Antrag auf Auflösung aus der Partei ist vom 19. Mai abgelehnt worden. Wir haben den Schluss deshalb bestimmt, in dem der Versammlungsbericht bezeichnlich erwähnt wurde, in welcher Antritt gehalten ist.

6. Kreis. (Vorbericht über die im April stattgefundenen Versammlungen.) Es fanden statt 19 Mitglieder. In 13 wurden Vorträge gehalten, die durchweg mit einvernehmen wurden. Der gegen den Genossen Preuschneider erheblich gehaltene Antrag auf Auflösung aus der Partei ist vom 19. Mai abgelehnt worden. Wir haben den Schluss deshalb bestimmt, in dem der Versammlungsbericht bezeichnlich erwähnt wurde, in welcher Antritt gehalten ist.

7. Kreis. (Vorbericht über die im April stattgefundenen Versammlungen.) Es fanden statt 19 Mitglieder.

nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht vertragen dürfen. Vortrag 5. Blaubeuren: Die Versammlung war schlecht besucht. Den Vortrag hielt Genosse Menzer. Beim Vorstandsbereich enthielt eine lebhafte Debatte über die Mäderanstaltungen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt. Die nächste Versammlung findet am 19. Mai statt.

Vorstand 6. Striesen: Genosse Düwell referierte. Genosse John bedauerte den schwachen Besuch der Versammlung. Auch wünschte er, daß man sich zu dem Vortrage gewünscht hätte. Sein Bericht aus der Vorstandssitzung kam es zu lebhafter Debatte über den Antrag des Bezirks Striesen auf Einführung einer Frauenkonferenz. Man hielt es nicht für schön, daß nachdem die Genossen im ganzen Lande bereits zu der Frage Stellung genommen haben, der Partivorstand same und sagte, daß es keine Frauenkonferenz gäbe. Es gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach der Bezirk gegen den Wahlabschluß Probst erhebt. Der Antrag auf Einführung des Karten-Systems wurde abgelehnt, weil die Kommission dafür nicht vorbereitet ist. Nach dem Vorstandsbereich wurden die Versammlungen. Einführung des Kartensystems und Abhaltung eines Abends angenommen. Der Antrag über Einführung von Antragsurkunden in den Bezirken wurde abgelehnt. In das Plenum wurde an Stelle des freiwilligen ausstellenden Genossen Langenwald Probst gewählt. Genosse Dittl hält einen Vortrag im Stile des Deutschen Reiches. Der Zeitungsbericht erläuterte das Gutheil. In gedrängter Form berichtete der vorgeschriftenen Genossen Grille von der Kreiskonferenz. Unter Ver einsammlungen wurde mitgeteilt, daß am 29. Mai eine Partie nach Chemnitz stattfindet. Der Antrag, einen Vortragssatzus über deutsche Reich und seine Verfassung abzuhalten, soll im Herbst zu machen werden. Über den Bezug des südlichen Oktos und Nordmarken soll in allerndem Zeit in einer Volksversammlung berichtet werden. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß Versammlungen um 8 Uhr beginnen und daß jedes Mitglied Pflicht hat, dieselben zu besuchen.

Vorstand 7. Görlitz: Der Vortrag über die Kreiskonferenz, den kolportiert. Schonmal der auch drei dägerliche Sitzungen verarbeitet, zu verarbeiten, erneut den Bericht dieser oder den der Volkszeitung aufzunehmen. Schonmal erhebt, daß er dadurch geschädigt würde und es kommt, es heißt aber Zustand zu belassen. Dem wird entgegengestellt, daß niemand zweien Herren dienen könne und daß sich Genossen in Rücksicht auf die bürgerlichen Blätter in der Agitation der Volkszeitung Reserve auferlege. Eine Kommission, bestehend aus den Genossen des 2. und 17. Bezirks, soll diese Angelegenheit durch das ersteilige Antwachen der Mitgliedszahl macht eine Teilung der Sammlerbezirke notwendig. Die Genossen Langenwald, Dittl und Landmann werden einstimmig als gewählt.

Vorstand 8. Niedergörsdorf: Die Einführung des Karten-Systems wird abgelehnt. Für die Einführung einer besonderen Kommission kann sich die Versammlung nicht erklären. Mit Probst, den Genossen Probst ins Komitee zu delegieren, einverstanden. Den Bericht vor der Kreiskonferenz erhielten

die Genossen Schmid, Dittl und Landmann.

Vorstand 9. Potschappel: Genosse Dittl referierte. Beim Bericht über die Maßnahmen enthielt sich eine lebhafte Debatte. Die Anträge des Karten-Systems wurde abgelehnt, desgleichen der Antrag auf Einführung besonderer Agitationskommissionen. Zwei Anträge, die sich mit dem Schulbesuch beschäftigen, wurden der Gemeindekommission überreicht. Die Genossen beschwerten sich darüber, daß noch viele Kinder Arbeiten verrichten müssen, die sie die Interesse der Abzählungsgeschäfte aus der Zeitung geschwunden

sind. Nach längerer Debatte über die Zweckmäßigkeit des Kartensystems entschied sich die Versammlung durch Abstimmung für den Antrag. Die Bildung von Bezirkspolitischen Kommissionen wurde abgelehnt. Mit der Wahl des Genossen Probst in das Volkskomitee war man einverstanden. Der bisherige Volkspolitiker Grimm erklärte beißlich seinen Austritt aus der Partei. Zum Schluß regte ein Genosse an, man solle Maßnahmen gegen die Metallarbeiter ergreifen. Ihm wurde bedeutet, daß das wohl am besten von unselben Vertritten im Stadtverordnetenkollegium geschehen werde.

Vorstand 10. Rauschwalde: Ein Vortrag hielt Genosse Böhme. Der Bericht von der Kreiskonferenz wurde vom Genossen Dittl gegeben. Genosse Böhme gab den Bericht des großen Zentralen und auch den der Vorstandssitzung. Die Anträge des 2. Bezirks

wurden abgelehnt. Es wurde bedeckt, daß das wohl am besten von unselben Vertritten im Stadtverordnetenkollegium geschehen werde.

Vorstand 11. Goseck: Ein Vortrag hielt Genosse Böhme. Der Bericht von der Kreiskonferenz wurde vom Genossen Dittl gegeben. Genosse Böhme gab den Bericht des großen Zentralen und auch den der Vorstandssitzung. Die Anträge des 2. Bezirks

wurden abgelehnt. Es wurde bedeckt, daß das wohl am besten von unselben Vertritten im Stadtverordnetenkollegium geschehen werde.

Vorstand 12. Leubnitz: Ein Vortrag hielt Genosse Eitting. Der Bericht aus der Vorstandssitzung kam es zu lebhafter Debatte über den Antrag des Bezirks Leubnitz auf Einführung einer Frauenkonferenz. Man hielt es nicht für schön, daß nachdem die Genossen im ganzen Lande bereits zu der Frage Stellung genommen haben, der Partivorstand same und sagte, daß es keine Frauenkonferenz gäbe. Es gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach der Bezirk gegen den Wahlabschluß Probst erhebt. Der Antrag auf Einführung des Karten-Systems wurde abgelehnt, weil die Kommission dafür nicht vorbereitet ist. Nach der Abhaltung eines Kreisfestes erklärte man sich einverstanden, daß der Genossen Matthäus Striesen wieder in die Versammlung für Volksbildung und Kunstmusei gewählt wurde. Auch wurde dem Vorschlag zugestimmt, wonach Genosse Probst ins Volkskomitee delegiert wird. Bei der Bekämpfung des Internationalen Arbeitsgesetzes nach dem Vorschlag des Vorstands ist man einverstanden, daß Genosse Siegelow, er wurde von den übrigen Delegierten ergänzt. Eine Diskussion darüber wurde nicht beendet. Dann kam es noch zu einer lebhaften Debatte über den schlechten Versammlungsbefund. Es wurde angeregt, sich auf die Mitglieder mittels Schularbeit zu wenden.

Vorstand 13. Böhlen: Ein Vortrag hielt Genosse Kleinherr. Der Bericht von der Kreiskonferenz erhielt Genosse Hoffmann-Kleinmauer. Es wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Den Vorstandsbereich gab Genosse Schönfelder. Die Anträge des Bezirks Böhlen wurden abgelehnt.

Vorstand 14. Dippoldiswalde: Ein Vortrag hielt Genosse Dittl.

Der Bericht aus der Vorstandssitzung nahm zwei Kreis-

versammlungen ein. Am 2. Bezirk wurde die Versammlung abgelehnt.

Vorstand 15. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Schubert.

Der Bericht aus der Kreiskonferenz erhielt Genosse Wohlert.

Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 16. Bannewitz: Ein Vortrag hielt Genosse Techler.

Der Bericht aus der Vorstandssitzung gab Genosse Techler, Genosse Möller gab den Bericht von der

Volksbildung. Der Antrag des Bezirks Bitterfeld, der Centralbibliothek im Plauenschen Grund 300 M. neben dem ehemaligen Getreidekrat zu überweisen, fand Ablehnung. Desgleichen der Antrag auf Einführung des Karten-Systems. Mit der Wahl des Genossen Waller in die Vereinigung für Volksbildung und Kunstmusei ist man einverstanden. Eine lebhafte Debatte fand der Beschluss der Mai-kommision herab, wonach der 12. Bezirk an den Maiwahlen teilnehmen sollte. Genosse Schlegel hielt den Antrag, der großen Zentralen die Stimme der Versammlung zu erklären. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Bericht von der Kreiskonferenz erhielt Genosse Gans. Zum Schluß forderte Genosse Eitting die Genossen auf, baldigst Stellung zu nehmen zu den im Herbst stattfindenden Gemeinderatswahlen.

Vorstand 17. Borsigwalde: Die Anträge des Bezirks Cotta wurden abgelehnt. Es entpuppte sich eine lebhafte Debatte über den Wahlabschluß aus der Landesliste. Bei der letzten Haushaltung wurden 40 neue Mitglieder gewonnen. Es möchte sich deshalb die Wahl des Genossen Ulrich zum Beitragsammler nötig.

Vorstand 18. Schmöckwitz: Genosse Schubert hielt einen Vortrag über „Kommunale Steuerpolitik“. An den Vortrag knüpft sich eine Debatte über die kommunalen Verdächtigkeiten in Riedersdorf. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß man in einer Einwohnerversammlung an den Verdächtigkeiten Stellung nehme. Der Vorstandsbereich wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Zum Schluß wurde der schlechte Besuch der Versammlungen bedauert.

Vorstand 19. Döhlen: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Der Bericht der Mai-kommision entgegen. Die Berichte aus der Vorstandssitzung und aus der Kreiskonferenz wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Vorstand 20. Radeburg: Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt. Genosse Jähnlich gab Bericht über die Tätigkeit des Stadtgemeinderats. Er und Lützow führten Wohlere, daß die an die Stadtselbstverwaltung anliegenden Berichte immer sehr gefürchtet werden. Die Politikkommission fand gute Resultate nicht verzeichneten. Schuld daran mag trocken, daß die Wohlereiter jetzt hohe Verträge zu zahlen haben. Genosse Jähnlich gibt bekannt, daß bei der in Großschönhausen stattfindenden Gemeinderatswahl der Genosse Wohlert gewählt wurde.

Vorstand 21. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt. Genosse Jähnlich gab Bericht über die Tätigkeit des Stadtgemeinderats. Er und Lützow führten Wohlere, daß die an die Stadtselbstverwaltung anliegenden Berichte immer sehr gefürchtet werden. Die Politikkommission fand gute Resultate nicht verzeichneten. Schuld daran mag trocken, daß die Wohlereiter jetzt hohe Verträge zu zahlen haben. Genosse Jähnlich gibt bekannt, daß bei der in Großschönhausen stattfindenden Gemeinderatswahl der Genosse Wohlert gewählt wurde.

Vorstand 22. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 23. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 24. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 25. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 26. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 27. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 28. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 29. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 30. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 31. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 32. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 33. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 34. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 35. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 36. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 37. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Vorstand 38. Radeburg: Ein Vortrag hielt Genosse Wohlert. Die Versammlung nahm zwei Kreisversammlungen entgegen. Die Anträge des 2. Bezirks wurden abgelehnt.

Kaufmännische Ausstellung!

Kaufmännische Ausstellung für Sachen für alle Kaufleute.

Am 1. Mai

1910.

Beginn

10 Uhr.

Ende

17 Uhr.

Eintritt

frei.

Ort

Stadt

Großherzogliches

Museum

und

die

Stadt

Aufbewahren!

Am

1. Mai

1910.

Beginn

Zoologischer Garten.

„Das afrikanische Dorf“.

Neue Sittenbilder aus Afrika, darunter ein Dokumentarfilm im Central-Afrika. Verblüffende Schauspielungen unserer afrikan. Ausstecher.

Vorstellungen

vorm. 11¹/₂, Uhr und von nachm. 3¹/₂, Uhr an noch drei Vorstellungen.

An allen drei Pfingstfeiertagen, von nachm. 5 Uhr an

Großes Konzert

von der Kapelle des Königl. Zuchts. 1. (Feib.) Gren.-Regts. Nr. 100.

Eintrittspreise:

1. u. 2. Pfingstfeiertag, Erwachsenen 50 Pf., Kinder 20 Pf.

3. Pfingstfeiertag 75 30

Ausstellung

des Sozialen Dienstes des Wohltätigkeitsvereins „Sächsische Freiheit“ für Haus und Herd, Schule und Erziehung, sowie Erzeugnisse Kaufleutenschilder vom 2. bis 17. Mai

in sämtlichen Räumen des Städtischen Ausstellungs-Palastes zu Dresden. 18 Gruppen: Erzeugnisse der geläufigen Haushaltswirtschaft und Vollernährung.

Gedämpft von vorm. 9 Uhr. Heute von 4—10 Uhr: Gr. Konzert von der Kapelle des Herrn Hofmusikkönigl. Acco.

Kinder 30 Pf., Heute und folgende Tage Eintritt für Ausstellungskonzert von 4 bis 10 Uhr 50 Pf. Vorangestellte für Mitglieder der sächs. Freiheitsschule in den bekannten Verkaufsstellen.

An vielen Ständen werden Kostproben gratis verteilt.

Restauration

Alfred Haufe

Dresden N. Friedhofstr. 49 (St. Pauli-Friedhof).

1. Pfingstfeiertag von 5 Uhr morgens

Grosses Früh-Konzert.

An jedem 2. jeden Feiertag 2. Grosses musik. Unterhaltung, Posse etc. Es laden ergebnis ein Alfred Haufe und Frau.

Restaurant Eintracht

Dresden-Mickten. Ecke Winter- und Ber. strasse bringt seine schönen geräumigen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung.

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Paul Koch und Frau.

Hochachtend Empießen unter schönes Vereinszimmer weiten Gewerbeschichten und Vereinen zur gefälligen Bewirtung.

Rest. zur Hoffnung, Kaditz, Ranke-

strasse 26. Zum bedeckenden Pfingstfest bringen wir der gebreiteten Einwohnerchaft unsere schönen, freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Gediegene Unterhaltung. Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Hochachtend Aug. Nodschinska und Frau.

Pelzenkeller Früh-Konzert

Talschenke, Neuburgk.

1. Pfingstfeiertag, Anfang 5 Uhr 3. Pfingstfeiertag, Anfang 2¹/₂, Uhr

Frühkonzert | Nachmittagskonzert

Es laden ergebnis ein

C. Hillig.

Bad und Restaurant Erholung

Kemnitz-Dresden

1. Pfingstfeiertag, früh 6 Uhr

Grosses Frühschoppen-Freikonzert.

M. Biere. Vorzügliche Zweiten. zweitischen. Um gütigen Auftritt bitten Otto Matthes und Frau.

Gasthof Briesnitz.

Sonntag den 15. Mai (1. Pfingstfeiertag)

Dresdner Freie Bühne

(erstklassige Schauspieler)

Der geschiedene Mann.

Schwarz in drei Akten von H. Ronzab.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

I. Play 50 Pf., II. Play 40 Pf., referierter Play 1.00 M.

Reservierte Plätze können telephonisch im Gasthof Briesnitz bestellt werden.

(Telephon 2088)

2. Feiertag (Spiegelsäle): Feiner Ball.

Dresdner Volkshaus

Ritterbergstrasse 2 ••• Telefon Nr. 1425 ••• Maxistraße 13

Eigenes Heim der Dresdner organisierten Arbeiterschaft.

Allen Genossen von nah und fern bestens empfohlen. Bestegepflegte Biere aus nur ersten Brauereien. Anerkannt vorzügl. Küche, reiche Auswahl, kleine Preise.

An beiden Festtagen im grossen Saale:

Theaterabend.

Programm:

Sonntag: „Die Hochzeitsreise“ „Der Sieg der Frau“ „Ein Geheimnis“

Montag: „Wirrwarr“. Posse in fünf Akten.

Einlass 6¹/₂ Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Eintritt 30 Pf.

Waldschlößchen-Terrasse.

1., 2., 3. Feiertag auf beiden Terrassen

Große Militär-Konzerte.

Früh-Konzert.

1. Feiertag: Anfang 8 Uhr.

Eintritt 10 Pf.



Billnicher Str. 14, Tel. 3102. Rieseldorfstr. 47 Tel. 4114.

Maunzstraße 4, 2267. Wettinerstraße 17, 1633.

Wiemersdorferstr. 13, 4162. Moenstraße 43, 1733.

Zollnerstraße 12, 2986. Hechtstraße 27, 4500.

Wernerstraße 11, 4871. Tornauer Straße 40, 1530.

Wattbachstr. 14, 4659. Trunzweiterstraße 5, 2967.

Plattenbaustr. 24, 3970. Rieseldorfstr. 18, 4114.

Kontore, Lageren, Verland: Wölfritzstr. 1. Tel. 1034.

Mit einem vorzüglichen Gang ist soeben unter

Hochseidampfer „Odin“

eingetroffen. Die Fischpreise sind also wieder niedrig:

Seehecht ohne Kopf, nur Fleisch 40 Pf.

feiner als feinstes Tafelgamber . Pfund 40 Pf.

Eine besondere Delikatesse ist dieser Seehecht, wenn er wie

Kalbschnitz gebacken, mit Kartoffelmus und gedämpfter Zwiebel

gerichtet wird!

Kabljau ohne Kopf, nur Fleisch 20 Pf.

in großen Stückchen . Pfund 20 Pf.

Seelachs ohne Kopf 22 Pf.

in fl. großen Stückchen . Pfund 22 Pf.

Ochsenen, mittelgroßen „He-goländer“ zum Kochen vor, gänglich . Pfund 22 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Für Pfingsten

find in durchaus feinsten Qualitäten u. a. besonders zu empfehlen:

Oelsardinen

in bestem Olivenöl, hochfeine Fische, jede Dose mit Schlüssel:

La Rose, 1/2 Dosen, b—g grobe Fische . 40 Pf.

Heureca, 1/2 Dosen, artla 8 grobe Fische . 45 Pf.

A. Le Roux aux tomates, 1/2 Dosen, artla 9 gr. Fische . 60 Pf.

Gillet Frères, 1/2 Dosen, Hochformat, 8—10 Fische . 65 Pf.

La Couronne, 1/2 Dosen, Hochformat, artla 10 Fische . 80 Pf.

A. Le Roux et Cie, 1/2 Dosen, artla 14 Fische . 95 Pf.

Gillet Frères, 1/2 Dosen, artla 14 hochfeine Fische . 100 Pf.

Gillet Frères, 1/2 Dosen, Hochformat, artla 20 Fische . 135 Pf.

Gillet Frères, 1/2 Dosen, etwa 45 fl. Fische . 230 Pf.

La neuer Hering in Gelee, Pf. 2 35 Pf. 2 Pf. 65 Pf.

Forellenherring in Aspik, hochfeine Pf. 2 Dosen 55 Pf.

Echte Riesenbrücken, 2 Pf. 190 Pf. 2 Pf. 100 Pf.

Anchovi-Paste, edle Größe u. Blattzell . 140 und 70 Pf.

Anchovi-Paste, edle Größe u. Blattzell, tube 35 u. 55 Pf.

La Bratheringe, fl. große, 8 Pf.-Dose, etwa 20 Stück 140 Pf.

Grillenlose Delikatess-Heringe, russische Kron-

sardinen, echte Kristiania-Delikatess-Anchovis,

echter Appetitaal (in Dosen u. ausgewogen) Delikatess-

Bratheringe usw. in großer Auswahl zu niedrigen Preisen.

Mod. Kindergartenwagen bis zu verkaufen.

Liliengasse 8, part.

Fabrikräder, Nahmasch., neue und geb., in allen Preisen.

Reparaturen aller Systeme. Sämtliche Ersatzteile Teuben, Valentini, Wolf, Dresdner St. II.

Reichsappliance, gute 25. Gebiete., Zappen. Anfrage laut Gebler, Schmidmeister, Drengasse 8, 1.

Bildereinrahmungen auf billiger wie im Laden.

O. Gräfth, Auerbachstraße 13.

Günstige Gelegenheitsläufe!

Seine u. gebr. Möbel, als Kleider-

zidi., Bettz. m. Matz., Glashöfe, edle Münzen, Schreib., Wandz. u.

Wandz. u. verl. mehr sehr bill.

zu verl. Möbel, Sudz. 42. part.

Nicht vergessen Glückwunschkarten PLACHTZIK.

Kauf- und Verkaufsstellen überall.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Wahren

Jacob, Postillion, Arven-Stunden, familiäre Parteiliteratur

wie Jägerate und Trunkaufträge nimmt entgegen

G. verw. Binder, Saalhausener Str. 13, pl.

Achtung! Nausslitz. Achtung!

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Wahren

Jacob, Postillion, Arven-Stunden, familiäre Parteiliteratur

wie Jägerate und Trunkaufträge nimmt entgegen

G. verw. Binder, Saalhausener Str. 13, pl.

A. Hinners Bestz.

Nieder-Gitterse

einfach keine Ischias, eine

eine schwere Beschwerde.

Restaurant

W. Braun

Wieslochweg 15

empfiehlt sich besten

Wiederholung, Vogel

Dr. 109

Wrb